Klaus Mertsching

Die Besetzung des Gewerkschaftshauses in Hannover

1. April 1933

Klaus Mertsching

Die Besetzung des Gewerkschaftshauses in Hannover

1. April 1933

Herausgegeben von der DGB-Region Niedersachsen-Mitte

Mit einem Grußwort von Sebastian Wertmüller
und einer Einleitung von Michael Buckmiller

Offizin

Umschlagmotiv: Einholen der roten Fahne vom Gewerkschaftshaus durch SA und SS am 1. April 1933 (Vorderseite); Menschenansammlung vor dem Gewerkschaftshaus in der Nikolaistraße (Rückseite).

http://www.offizin-verlag.de

ISBN 978-3-930345-63-2

© Offizin-Verlag, Boedekerstr. 75, D-30161 Hannover
fon: 0511 - 807 61 94
fax: 0511 - 62 47 30
Satz und Umschlag: Torben Villwock
Druck: unidruck Hannover
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des öffentlichen Vortrags, der Rundfunkübertragung und der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.
Überarbeiteter Nachdruck der Ausgabe von 1983
Printed in Germany

Bibliografische Information in der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet unter http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 978-3-930345-63-2

Bildnachweise: »Projekt Arbeiterbewegung in Hannover« (S. 14, 15, 17, 18, 21-23, 25, 26, 28, 33, 34, 38, 52, 54); Walter Ballhause, Archiv DGB Bezirk NBS (Umschlagmotive sowie S. 41, 43, 44, 48, 51, 53)

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen 8

Zum Anlaß 9

Einleitung 11

Vorbemerkung 15

1. Die Bedeutung der Gewerkschafts- und Volkshäuser für die Arbeiterbewegung im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts 17

2. Geschichtlicher Abriß der Entstehung und Entwicklung des hannoverschen Gewerkschaftshauses 21

2.1. Die organisierte hannoversche Arbeiterschaft bekommt eine neue Heimstätte 21

2.2. Das Gewerkschaftshaus in der Weimarer Republik 26

3. Die organisierte Arbeiterschaft in der Zeit des aufkommenden Nationalsozialismus 1930-1933 31

3.1. Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Politik in der Wirtschaftskrise 32

3.2. Der letzte gewerkschaftliche Streik in Hannover 33

3.3. Die Nationalsozialisten verstärken in den Betrieben ihre politische Betätigung .. 33

3.4. Die »Eiserne Front« gegen den Faschismus muß her! 34

3.5. Entstehung und Entwicklung der »Eisernen Front« in Hannover 35

3.6. Der erste planmäßige nationalsozialistische Überfall auf das Gewerkschaftshaus .. 37

3.7. Verstärkter Abwehrkampf gegen den nationalsozialistischen Terror 39

3.8. Die Nationalsozialisten in der Regierungsverantwortung und die Folgen für die Arbeiterbewegung. 42

3.9. Die letzten Wahlen der Republik – Einheitsfront gegen den Faschismus? 44

3.10 März 1933: Die Überfälle auf das Gewerkschaftshaus häufen sich 47

4. Die Erstürmung des Gewerkschaftshauses am 1.April 1933 und das Ende der freigewerkschaftlichen Bewegung in Hannover 49

Quellen- und Literaturverzeichnis 57

A. Quellen 57

B. Zeitungen 57

C. Literatur 57

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
DAF	Deutsche Arbeitsfront
HJ	Hitler-Jugend
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Mk	Mark (hier gemeint: Goldmark)
NAZ	Neue-Arbeiter-Zeitung
NSBO	Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches-Kraftfahrer-Korps
NTZ	Niedersächsische Tageszeitung
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung (NSDAP)
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend (SPD)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel (NSDAP)

Zum Anlaß

Sebastian Wertmüller

»18 Gewehre, 23 Pistolen, Eierhandgranaten« –

Die Besetzung des Hannoverschen Gewerkschaftshauses am 1. April 1933 durch die Nationalsozialisten

75 Jahre ist es her, dass die Nationalsozialisten das Gewerkschaftshaus in Hannover besetzt haben. Vor 25 Jahren, zum 50. Jahrestag dieses Schlages gegen die Gewerkschaften, hat der DGB-Kreis Hannover einen Gedenkstein vor das Haus (ehemals Nikolaistraße 7) gesetzt. Zu diesem Jahrestag ist auch erstmalig diese Broschüre erschienen, die hier in einer überarbeiteten Ausgabe vorliegt. Herzlichen Dank dem Autor Klaus Mertsching und Michael Buckmiller für die Überarbeitung.

Diese Wiederveröffentlichung hat seinen Grund ausdrücklich nicht nur in dem besonderen Anlass des 75. Jahrestages des Überfalls der Nationalsozialisten auf das Gewerkschaftshaus in Hannover. Sie begründet sich auch in dem Interesse des DGB, sich die eigene Geschichte und dabei insbesondere die Verfolgungsgeschichte zwischen 1933 und 1945 immer wieder zu vergegenwärtigen. Nicht um platte Analogien zur Gegenwart zu ziehen, sondern um Niederlagen und historische Versäumnisse der Vergangenheit in Erinnerung zu rufen.

Die Tatsache, dass die damals wahrscheinlich weltweit am besten organisierte Arbeiterbewegung nicht in der Lage war, nennenswerten Widerstand gegen den aufziehenden Faschismus zu organisieren, ist ein gewichtiger Teil unserer Geschichte.

Aus guten Gründen haben sich die Gewerkschaften nach der Befreiung vom Faschismus dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Und sie haben den gesellschaftlichen Auftrag übernommen überall dort die Stimme zu erheben, wo Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus Land zu gewinnen versuchen.

Mit diesem Engagement und diesem Eintreten gegen das Verdrängen und Vergessen, mit der Ablehnung einer nur noch ritualisierten Gedenkkultur macht man sich nicht nur Freunde. Nicht nur den Rechtsextremisten und Nazis unserer Tage ist das antifaschistische Eintreten ein Dorn im Auge. Auch viele aus Politik, Medien und Gesellschaft mahnen zur Zurückhaltung, treten für eine Historisierung der nationalsozialistischen Barbarei ein oder betreiben sogar aktive Relativierung der Verbrechen der Hitlerzeit.

Gegen diese zeitgeistigen Trends der Verdrängung wehren wir uns. Dagegen setzen wir unsere Veranstaltungen und Projekte, dagegen arbeitet die Gewerkschaftsjugend, dagegen ist unsere gesamte Politik ausgerichtet.

Insoweit ist die Erinnerung an die Geschichte auch Leitschnur für Erinnerungsarbeit und Gedenken in der heutigen Zeit. Sie ist aber vor allem Aufforderung und Appell, diesen Auftrag auch zukünftig wahrzunehmen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaften in Hannover stehen für diesen Anspruch. Mit der Neuauflage dieser Publikation wollen wir einen weiteren Beitrag zur Erinnerung und Mahnung leisten.

Sebastian Wertmüller
Regionsvorsitzender
DGB Region Niedersachsen-Mitte

Einleitung

Michael Buckmiller

Die vorliegende Broschüre erschien vor genau 20 Jahren. Seither hat sich die Forschungslage in Bezug auf die Ereignisse in Hannover am 1. April 1933 kaum verändert. Insofern konnte sich die zweite Auflage auf eine gründliche redaktionelle Überarbeitung und geringfügige Korrekturen beschränken. Der Bildteil und Abdruck der Dokumente wurde leicht verändert.

Inzwischen liegt eine vom DGB unterstützte umfangreiche wissenschaftlich edierte Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor, die einige in der Broschüre nur angedeutete Wertungen heute klarer akzentuieren lassen. Eine immer wieder aufgeworfene Frage betraf die Bedeutung der Besetzung des hannoverschen Gewerkschaftshausses in Bezug auf die reichsweite Aktion der Nationalsozialisten am 2. Mai 1933, dem Tag der Zerschlagung der Gewerkschaften selbst: War Hannover ein Testfall? Diese Frage kann man heute klar mit Nein beantworten. Am 5. April 1933 schreibt der Vorstand des ADGB an den Herrn Reichspräsidenten Hindenburg, daß nach dem Stande vom 25. März durch SA, SS oder durch Polizei in 55 namentlich genannten Städten die Verwaltungsgebäude und Büros der Gewerkschaften besetzt worden sind, ferner daß am 31. März in Solingen die Büros des Gewerkschaftshauses zerstört und umfangreiches Material gestohlen worden sei. »Am 1. April sind das Gewerkschaftshaus in Hannover und die Hauptverwaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Hannover besetzt worden. Aus dem Gewerkschaftshaus sind nach den uns vorliegenden Meldungen in der Nacht zum Sonntag, den 2. April, Schreibmaschinen und sonstiges wertvolles Büromaterial auf Autos verschleppt worden. Obwohl im Hause fast sämtliche Bürotüren unverschlossen waren, sind sie zu einem erheblichen Teil zertrümmert und wertvolle Akten verwüstet worden.«[1] Für den 1. April werden weitere Überfälle genannt in Frankfurt a.M., Neu-Haldesleben (Magdeburg), Flensburg, Mettmann-Westfalen; das Gewerkschaftshaus in Leipzig wurde bereits am 18. März, das von Dresden schon am 13. März angegriffen.

Zwischen dem 13. März und dem 3. April 1933 wurden demnach in mindestens über 60 Städten die Gewerkschaftsbüros, bzw. Häuser besetzt und zum Teil zerstört. »Wir beschränken uns auf diese wesentlichsten Feststellungen und machen darauf aufmerksam, daß durch die Besetzung, Beschlagnahmung und Versiegelung der Gewerkschaftshäuser bzw. der Büros die Arbeit im Interesse Hunderttausender unserer Mitglieder stillgelegt ist. Es werden nicht nur die allgemeinen Verwaltungsarbeiten und Maßnahmen gestört, sondern es tritt insbesondere eine Störung bezüglich der Unterstützungsanweisungen und -auszahlungen an arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder ein. So z.B. ist es dem Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter in Hannover unmöglich gemacht, an seine etwa 25.000 invalide Mitglieder Unterstützungsbeiträge zur Auszahlung anzuweisen.«[2] Man fühle sich verpflichtet, dem Herrn Reichspräsidenten

---

[1] H. Weber/K. Schönhoven/K. Tenfelde (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Band 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933. Bearbeitet von P. Jahn und Mitarbeit von D. Brunner. Köln 1988, S. 874.

[2] a.a.O., S. 878. Bereits in einem Schreiben vom 20.3.1933 an den Reichspräsidenten berichtet der Vorstand des ADGB: »Es sind uns aus mehr als 200 Orten des Reiches derartige Überfälle auf das Besitztum der Arbeiter und auf gewerkschaftliche Funktionäre gemeldet worden.« a.a.O., S. 859.

diese Vorfälle zur Kenntnis zu bringen und ihn zu bitten, »Recht und Gerechtigkeit in Deutschland wieder zur Geltung zu bringen.«

Am 9.4. fordert der Bundesausschuß des ADGB mit einer weitgehenden Unterwerfungserklärung die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften. Am 10. April bittet der ADGB in einem Schreiben an den Leiter der Gestapo, Diels, um Aufhebung der Besetzung des Gebäudes des Fabrikarbeiterverbandes. Am 13. 4. findet zwischen dem ADGB und NSBO eine Unterredung über die Gewerkschaftsfrage statt, in der der ADGB Vorsitzende Leiphart die Freigabe der immer noch besetzten 43 Gewerkschaftshäuser fordert und die Beendigung der Drangsalierung von Gewerkschaftern.

Bereits einen Monat vorher hatte Hitler am 12. März 1933 in einer Rundfunkrede gegen die wilden Besetzungen erklärt: »Von nun ab wird der Kampf der Säuberung und der Inordnungbringung des Reiches planmäßiger und von ober geleiteter sein […] Alle Einzelaktionen haben von jetzt ab zu unterbleiben.« Jedoch hielten sich die Untergliederungen und NS-Kampfverbände, insbesondere die NSBO nur bedingt an diese Aufforderung. Im Organ der NSBO hieß es am 1. April 1933 unter der Überschrift »Warum wir Gewerkschaftshäuser besetzen« wörtlich: »Um es klipp und klar zu sagen: Wir werden es nicht nur bei der polizeilichen Besetzung bewenden lassen, sondern werden auch in Zukunft jede marxistische Betätigung von sogenannten ›Arbeiterführern‹ zu unterbinden wissen.«[3]

Die Terrorwelle gegen die Gewerkschaften setzten zunächst jene deklassierten Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung in Gang, die sich als Träger der »braunen Revolution« fühlten und nunmehr auf ihren eigenen aufstieg spekulierten. Die Führung der NSDAP wollte und konnte sich von ihrer eigenen Anhängerschaft nicht auf diese Weise gefahrlos vor sich hertreiben lassen. Als schließlich klar war, daß die inzwischen erfolgten Besetzungen und Verwüstungen der einzelnen Gewerkschaftshäuser auf keine geschlossenen Abwehrmaßnahmen stießen, und schließlich die Führung der Gewerkschaften auf das Täuschungsmanöver der Erhebung des 1. Mai zum »Feiertag der nationalen Arbeit« durch das Gesetz vom 10. April 1933 hereinfiel,[4] entschloß sich die Führung der NSDAP, auf Reichsebene die günstige Gelegenheit zu einer konzertierten Aktion zu nutzen. Diese Aktion am 2. Mai sollte klarstellen, daß die Führung nicht hinter der Gefolgschaft hinterherhinkte und imstande war, sich auf ihre Weise der Gewerkschaften zu bemächtigen. Die Aktionen selbst liefen mit der Präzision eines Uhrwerks ab. Schlagartig besetzten SS- und SA-Kommandos als von Göring legitimierte »Hilfspolizei« die Gewerkschaftshäuser, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, alle örtlichen Zahlstellen und die Redaktionen der Gewerkschaftspresse. Die Führungsspitzen des ADGB, Redakteure und leitende Funktionäre wurden verhaftet. Das übrige Personal der Gewerkschaften wurde unter Aufsicht der Rollkommandos zur Mitarbeit gezwungen. Die Überfälle wurden blitzartig innerhalb einer Stunde durchgeführt und stießen – mit einigen Ausnahmen, wo es sogar zu Todesfällen kam – auf keinen Widerstand. Die freien Gewerkschaften hörten auf zu existieren.

[3] Zitiert nach a.a.O., S. 858.

[4] Vgl. dzu Vorstandbeschluß des ADGB vom 15.4.1933: Aufruf zum 1. Mai und Beschluß des Bundesausschusses des ADGB vom 19. April 1933 zum 1. Mai, a.a.O., S. 896ff.

Ein zweites Problem, das in der Forschung und in der Publizistik immer wieder heftig diskutiert wurde, betrifft die Frage, ob die demokratische Arbeiterbewegung ihren Handlungsspielraum wirklich genutzt hat und die nachfolgende Katastrophe durch eine entschlossene Aktion des Widerstandes hätte verhindert werden können.[5] Unstrittig ist heute die These, daß die SPD ebenso wie die ihr nahestehenden Gewerkschaften des ADGB fixiert blieben auf das zum Mythos mutierte demokratische Ziel, und daran festhielten, mit der bloßen parlamentarische Apparatur dieses Ideal verwirklichen zu können. Sie übersahen dabei, daß ohne Demokratisierung der wirklichen Machtpositionen in Staat und Wirtschaft die Demokratie eine Illusion bleiben mußte, weil die antidemokratischen Kräfte mit ihrem Machtpotential die demokratischen Institutionen gegen die demokratische Arbeiterbewegung instrumentalisieren konnten. Indirekt hatten zumindest die Gewerkschaften ihren entscheidenden Fehler in der Konstitution der Weimarer Demokratie erkannt, nämlich die mangelnde demokratische Fundierung grundlegender gesellschaftlicher Bereiche, insbesondere der Wirtschaft und versuchten dieses Versäumnis am Ende der 20er Jahre durch die Propagierung der »Wirtschaftsdemokratie« nachzuholen. Aber es war bereits zu spät: die Macht des Kapitals und damit zugleich die politische Macht lag inzwischen in den Händen derer, die den gewerkschaftlichen Organisationen entschieden feindlich gegenüber standen.

Das katastrophale Ansteigen der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig sinkender Unterstützungsleistung und der Hinnahme der Brüning'schen Notverordnungspolitik war die demokratische Arbeiterbewegung schließlich der Papen'schen Staatsstreichpolitik hoffnungslos ausgeliefert und stand ihr tatenlos gegenüber. Waren in der Eisernen Front an die 10 Millionen Mitglieder für den Ernstfall kampfbereit, so stand den aktionsbereiten Arbeitermassen eine bürokratisch erstarrte Funktionärsschicht gegenüber, die sich den Zeitläuften anpassten, um einen befürchteten Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang aus dem Weg zu gehen. »Das sozialpsychologisch leicht verständliche Motiv der bürokratisierten Organe eines jeden großen Verbandes, die Erhaltung der eigenen Organisation höher zu bewerten als den ursprünglich angelegten Sinn, dem die Organisation einst dienen sollte, hat sich am Beispiel der Gewerkschaften 1933 noch augenfälliger durchsetzen können als in jenem August 1914.«[6]

SPD wie Gewerkschaften gaben sich der Illusion hin, daß man die Organisationen durch einen Kurs der unbedingten Legalität und der politischen Neutralität retten könne. Sie vermochten nicht, aus den Ereignissen zu lernen, weder aus Italien, wo die Gewerkschaften zwischen 1925 und 1927 ausgeschaltet wurden, noch aus den sichtlichen Drohungen und Aktionen der Nazis selbst. Nach der Besetzung einzelner Gewerkschaftshäuser nach dem 21. März 1933 durch SA, SS und NSBO klammerten sie sich immer noch an die These, dass es eine Möglichkeit der friedlichen Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten geben müsse. Leiphart

[5] Zu den Grundproblemen und Tendenzen der Forschung vgl. E. Kolb, Die Weimarer Republik. 6. überarbeitete und erweiterte Auflage. München 2002, S.155 ff.; D. Genneer, Die Weimarer Republik, Darmstadt 2002, H. A. Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Aufl., Bonn 1990.

[6] W. Abendroth, Vorwort zu H.-G. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der ›Deutschen Arbeitsfront‹. Hannover-Frankfurt a.M. 1958, S.3.

schrieb am 21. März 1933 an Hitler, die Gewerkschaften beanspruchten nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einwirken zu wollen, sondern nur, die berechtigten Wünsche der Arbeiter in bezug auf die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung zuzuleiten und damit der Regierung dienlich zu sein.[7]

Ein letzter Punkt schließlich betrifft die spezifische Lage in der Provinz Hannover, die als Sonderfall gewertet werden muß: Hier war von 1920-1933 der Sozialdemokrat Gustav Noske Oberpräsident und verantwortlich für die politische Polizei. Bis in den empfindlichen Sicherheitsbereich hinein herrschte hier in Hannover eine erstaunliche Personalkontinuität zwischen Weimar und Drittem Reich. »Nachweislich 70% des Personals der hannoverschen Gestapo setzte sich 1935 aus Beamten zusammen, die bereits vor 1933 im Polizeipräsidium Hannover ihren Dienst getan hatten (…) Vor 1933 versahen in der Polizeiabteilung des preußischen Innenministers (des Sozialdemokraten Severing) zwei Oberregierungsräte in führender Position ihren Dienst. Der eine, Rudolf Diels, war für die Beobachtung der Linksparteien (SPD, KPD), der andere, Robert Kempner, für die Beobachtung und gegebenenfalls Bekämpfung der Rechtsparteien einschließlich der Nationalsozialisten zuständig. Nach 1933 wurde Diels – man möchte sagen, fast folgerichtig – der erste Chef der preußischen Gestapo und ab 1936 Regierungspräsident in Hannover«[8] Noske hatte immer wieder behauptet, er habe seine Provinz fest im Griff. Dabei hatte er gegen die Rechtslastigkeit der Polizei die Zügel sehr locker gehalten, während er in der Beobachtung und Bekämpfung der Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD kompromißlos vorging. Seine sozialdemokratische Version der Totalitarismustheorie, wonach die »staatliche Ordnung« von den Rändern her bedroht werde, wurde insbesondere in Hannover Lügen gestraft dadurch, daß die »neue staatliche Ordnung« das alte Personal einfach übernehmen und den Terror gegen die demokratische Arbeiterbewegung ungehindert entfalten konnte.

Hannover, im März 2008
Michael Buckmiller

[7] H. Weber/K. Schönhoven/K. Tenfelde (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. a.a.O, S. S.865-867.
[8] K. Mlynek, 1933. Zum Beispiel Hannover. Historisches Museum Hannover 1981, S.12; ders., Der Aufbau der Geheimen Staatspolizei in Hannover und die Errichtung des Konzentrationslagers Moringen. In: Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch. Historisches Museum Hannover 1981.

Vorbemerkung

Am Vormittag des 1.April 1933, dem Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte in ganz Deutschland, besetzten in Hannover Männer der 12. SS-Standarte, die teilweise mit Karabinern bewaffnet waren, unter dem Kommando des Sturmbannführers Meyer das Gewerkschaftshaus und Volksheim in der Nikolaistrasse 7 und 10 bzw. Odeonstraße 12 und 15/16 und am Nachmittag des selben Tages die Zentrale des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands am Rathenauplatz 3. Damit entzogen die neuen Machthaber der organisierten Arbeiterbewegung in Hannover sämtliche Einrichtungen, beschlagnahmten ihre Unterlagen und Bibliothek und übergaben das mit großen Opfern aufgebaute Eigentum wenig später der Nazipartei – insbesondere der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF). Das Gewerkschaftshaus wurde versiegelt und von SS- und SA-Leuten bewacht. Der Polizeipräsident von Hannover ließ vor dem Haus ein Verbotsschild aufstellen, wonach das »zwecklose Hin- und Hergehen vor dem Gewerkschaftshaus, sowie das Stehenbleiben auf der Straße verboten und mit Strafe bedroht ist.«[1] Als am 2. Mai 1933 im ganzen damaligen Deutschen Reich sämtliche Gewerkschaftshäuser von der SA und SS besetzt und zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet wurden, war in Hannover schon ganze Arbeit geleistet worden.[2]

Diese Broschüre soll an jenen denkwürdigen Tag vor 75 Jahren erinnern. Das kann nur geschehen, wenn man sich die politischen Entwicklungsschritte vergegenwärtigt, die diesen Überfall möglich machten. Die Gewerkschaften der Weimarer Republik haben den fanatischen Haß der Nationalsozialisten gegen die organisierte Arbeiterbewegung unterschätzt und konnten sich trotz versuchter Anpassung gegenüber dem rücksichtslosen Vernichtungswillen der NSDAP 1933 nicht behaupten. Die vorliegende Broschüre will weder anklagen noch verteidigen, sondern durch nüchterne Rekonstruktion der Ereignisse vor 75 Jahren eine Grundlage dafür bieten, die richtigen Lehren daraus zu ziehen, damit sich diese Tragödie nicht noch einmal wiederholen kann.

Für das Zustandekommen dieser Broschüre möchte ich den älteren Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen danken, die die Zeit 1932/33 selbst miterlebten und mir sehr nützliche und wertvolle Informationen geben konnten. Des weiteren Walter Ballhause, der die Fotos zur Gewerkschaftshauserstürmung dankenswerterweise zur Verfügung stellte. Schließlich noch dem »Projekt Arbeiterbewegung in Hannover« am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover, ohne dessen vorhandene Vorarbeiten sowie Materialien aus dieser Zeitepoche die nun in überarbeiteter Form vorgelegte Darstellung kaum möglich geworden wäre.

Wuppertal, im März 2008
Klaus Mertsching

---

[1] **Hannoverscher Anzeiger vom 4.4.1933.**
[2] **Niedersächsische Tageszeitung vom 11.5.1933.**

Urkunde.

Die Einigkeit und Geschlossenheit der modernen Arbeiterbewegung zeitigten in Hannover und Linden von jeher die besten Wirkungen. Das Werk, zu dem heute der Grundstein gelegt wird, entspringt dieser Zusammengehörigkeit der sozialdemokratischen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Mit unwiderstehlicher Gewalt drängte sich jedem kämpfenden Arbeiter die Notwendigkeit auf, eine Zentrale solidarischer Betätigung aller Kräfte der aufstrebenden Kulturbewegung der Arbeiter zu schaffen.

Nach langem Prüfen und vielen von Kämpfen ausgefüllten Beratungen gründeten die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Frühling des Jahres 1909 eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Name lautet:

«Solidarität Partei- und Gewerkschaftshaus»

Das war der Anfang des gewaltigen Unternehmens, das für lange Zeiten die Zentralstelle der Tätigkeit der Arbeiter auf dem Gebiete der Politik, Sozialpolitik, Kultur und Aufklärung sein soll. 60000 Mark, je zur Hälfte von der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften aufgebracht, bildeten das Stammkapital. Durch freiwillige Beiträge von 4 Mark für jedes männliche und 2 Mark für jedes weibliche Mitglied der freien Gewerkschaften erhöhte sich diese Summe auf 200000 Mark. Das Stammkapital wird vertreten von sechzig gewählten Genossen beider Zweige der Arbeiterbewegung. Die ersten noch gegenwärtig amtierenden Geschäftsführer der Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind die Genossen Parteisekretär Robert Leinert, Gürtler Ernst Pickerodt und Arbeitersekretär Richard Schmidt. Dem Aufsichtsrat gehören an die Genossen: zweiter Verbandsvorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands Heinrich Sack als Vorsitzender, Beamter des Zimmererverbandes Fritz Mahn, des Malerverbandes Oswald Schubert, des Metallarbeiterverbandes Hans Striefler und Geschäftsführer Bernhard Wilhelm vom Sozialdemokratischen Kreisverein für den 1. hannoverschen Reichstagswahlkreis.

Die Gesellschaft «Solidarität, Partei- und Gewerkschaftshaus» erwarb den 4500 qm großen Bauplatz im April 1909 für 610000 Mark. Die Anfertigung der Baupläne für dieses Haus wurde dem Architekten Rudolf Schröder übertragen. Mit dem Bau ist im September des Jahres 1909 begonnen und unter Leitung des genannten Architekten soll dieses Gebäude im Sommer des Jahres 1910 vollendet werden. An Kosten wird der Bau inklusive Grunderwerb 1250000 Mark erfordern, eine Million Mark ist an Hypotheken bereits aufgenommen.

Das Haus soll den Zwecken der gesamten Arbeiterbewegung dienen. Es hat aufzunehmen alle Bureaus der politischen und freien gewerkschaftlichen Organisationen, die Druckerei der sozialdemokratischen Zeitung «Volkswille» und den Vorstand des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Es soll auch sein eine Stätte der Brüderlichkeit und proletarischen Sozialpolitik, daher ist eine Herberge für durchreisende Genossen errichtet.

Hier von dieser Stelle aus soll die moderne Arbeiterbewegung ihre tatkräftigste Förderung erhalten. Die Kultur des Proletariats soll sich von hier ausbreiten! Der Kampf gegen den Kapitalismus soll von hier aus organisiert und lebhaft unterstützt werden. Und wenn längst die letzten Spuren der volksaussaugenden, die Arbeiter unterdrückenden privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung verwischt und beseitigt sein werden, wird das Werk der hannoverschen Arbeiterklasse noch bestehen und lebendiges Zeugnis ablegen von der Kraft und dem Siegesbewußtsein der deutschen Arbeiterbewegung. So wollen es die 35000 in den Gewerkschaften und 16000 in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von Hannover und Linden.

Hannover, 5. November 1909.

Robert Leinert R. Schmidt
Heinr. Sack E. Pickerodt R. Schröder
Fr. Striefler B. Wilhelm Fr. Mahn

Diese Urkunde wurde aus dem »Grundstein« des alten Gewerkschaftshauses geholt und fotokopiert. Sie ist eines der wenigen Originaldokumente der hannoverschen Arbeiterbewegung, die nach dem Ende der Nazi-Zeit noch vorhanden waren.

1. Die Bedeutung der Gewerkschafts- und Volkshäuser für die Arbeiterbewegung im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts

Die jüngeren Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen können sich heute nur noch schwer vorstellen, welch große Bedeutung die Gewerkschaftshäuser für die Arbeiterbewegung seit dem späten 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hatten. Deshalb erscheint es wichtig, eine kleine geschichtliche Reminiszenz unter der besonderen Berücksichtigung des hannoverschen Gewerkschaftshauses voran zu stellen.

Die Idee der Gewerkschaftshäuser ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Die Bestrebungen, Räume für Bildungszwecke zu mieten, wurden immer wieder durch vereinsrechtliche Verordnungen und Verbote stark behindert. Man erschwerte von staatlicher Seite das Anmieten von Versammlungsräumen und Büros und drohte den Betreibern ansonsten mit Boykott. Was blieb den Arbeitern in dieser Situation anderes übrig, als sich eigene Gewerkschafts- oder Volkshäuser zu schaffen? Die Idee, eigene Versammlungszentren zu gründen war also aus dem Zwang der restriktiven Verhältnisse heraus geboren und nicht aus unternehmerischen Impulsen. Denn die Gründung und Entwicklung sehr vieler Gewerkschafts- und Volkshäuser beweist eindrücklich, welch große finanzielle Opfer den Arbeitern abverlangt wurden, um die eigenen Lokale für die organisatorische Entfaltung von Gegenmacht zu schaffen. Hinzu kam das Bedürfnis und die Notwendigkeit, die über die ganze Stadt zerstreu-

Kolorierte Postkarte aus den Anfangsjahren des hannoverschen Gewerkschaftshauses.

ten einzelnen Büroräume der verschiedenen Gewerkschaften in einem »Haus der Arbeit« zu konzentrieren und damit die innergewerkschaftliche Kommunikation zu verbessern. Auch die wachsende Mitgliederzahl war ein Grund für die Schaffung eigener Zentralen. Die Versammlungen und Veranstaltungen in geschlossenen Räumen nahmen zahlenmäßig einen gigantischen Aufschwung, so daß die Räumlichkeiten der einzelnen Organisationen zu eng wurden. Die großen Säle einer Stadt wurden den Gewerkschaften, wenn überhaupt, sehr oft nur für »Festlichkeiten« zur Verfügung gestellt. Aus dieser Not heraus schuf sich die Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende eine Reihe von freigewerkschaftlichen Häusern und Volksheimen.

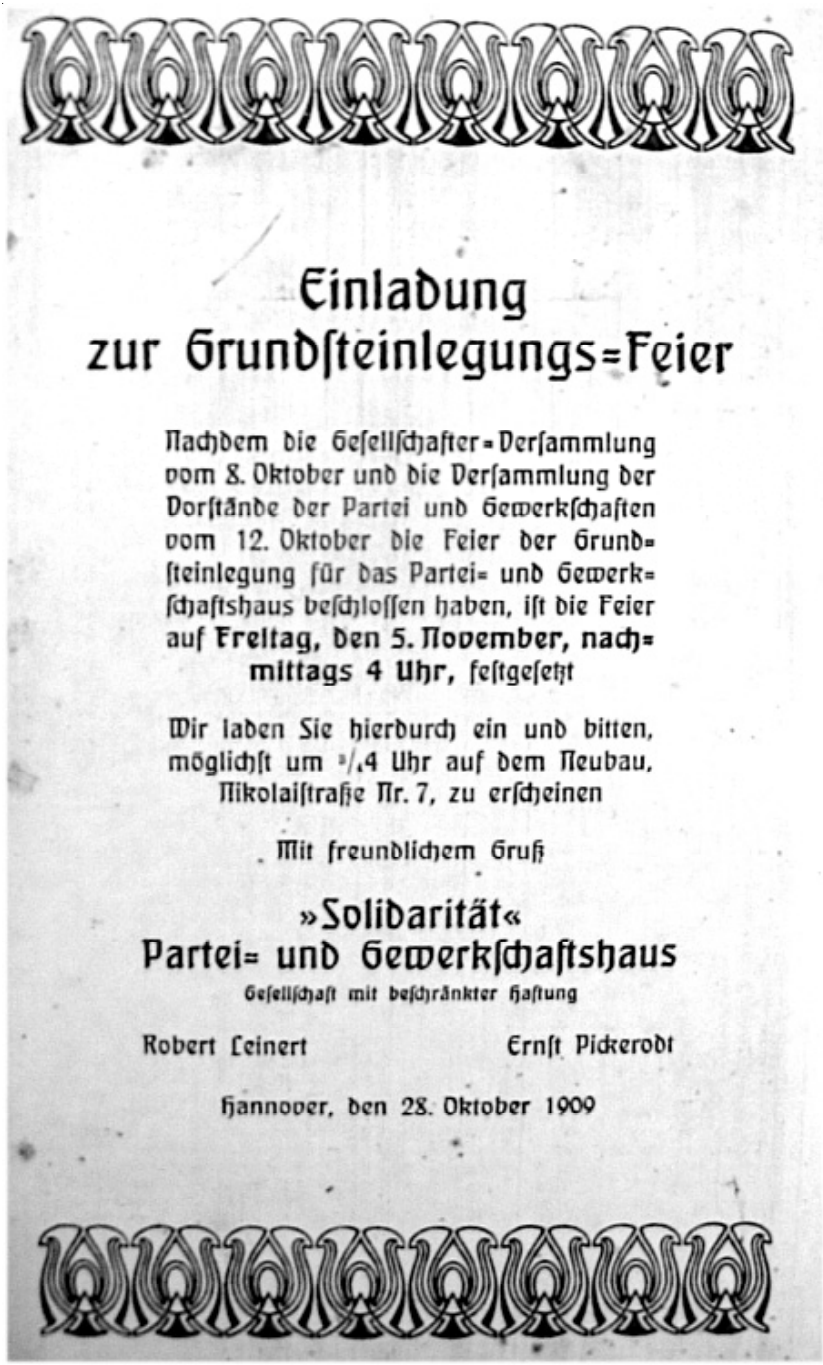
In den neuen Gewerkschaftshäusern wurden in der Regel Versammlungsräume für größere Veranstaltungen, aber auch kleinere Konferenzen und Bildungskurse geschaffen, Verwaltungsstellen und Arbeitersekretariate der einzelnen Gewerkschaften eingerichtet, Buchhandlungen und Bibliotheken eröffnet und schließlich auch neue Herbergen eingerichtet für durchreisende Funktionäre oder auf Montage befindliche Arbeiter. Sie lösten die in den einzelnen Städten früher oft unhygienischen Herbergsverhältnisse ab. Schließlich wurden Gastronomiebetriebe zur Geselligkeit und kostengünstigen Versorgung der Arbeiterschaft errichtet, die meist auch zentral gelegen sein mußten, um die eigene Klientel zu erreichen und die gewollten Zwecke erfüllen zu können.

Die meist sehr teuren Grundstücke in den Innenstädten verlangten den Gewerkschafts- und Parteimitgliedern besonders große Opferbereitschaft ab. Die Kosten wurden in Form von Sonderbeiträgen aufgebracht. Seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entstanden nach diesem Konzept in zahlreichen Städten und Industrieorten Gewerkschaftshäuser, die eine geplante Zusammenarbeit als dringlich erscheinen ließ. So wurde auf der Gewerkschaftshäuserkonferenz 1909 eine erste Zentralstelle gegründet, die der Generalkommission der freien Gewerkschaften angegliedert war und bis 1922 aus ehrenamtlichen Vertretern bestand. Sie war eine Art »Informationszentrum« für all jene örtlichen Organisationen, die Gewerkschaftshäuser bereits errichtet hatten oder noch errichten wollten. Der Zentrale standen aber keine eigenen Finanzmittel zur Verfügung und erschwerten dadurch die gewünschte umfassende Koordination.

Als sie schließlich im Jahre 1922 ca. 100 Gewerkschaftshäuser zu betreuen hatte, war die umfangreiche Arbeit auf ehrenamtlicher Basis nicht mehr zu leisten. So wurde auf Anraten des Bundesvorstandes des ADGB eine neue Zentralstelle zu gründen. Die 1922 in Leipzig versammelten Vertreter einer Gewerkschaftshauskonferenz schlossen sich zur »Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gewerkschafts- und Volkshäuser« zusammen.

»Die Arbeitsgemeinschaft sah ihre Aufgabe in der kaufmännischen, betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Beratung und Hilfe sowohl als in angeratenen regelmäßigen Revisionen. Bei der Gründung neuer Häuser sollte sie gehört werden.«[3]

[3] K Odenthal; Gewerkschaftshäuser (Freie Gewerkschaften), in: Ludwig Heyde (Hrsg.), Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1931/32, S. 672.



Einladung zur Grundsteinlegungs-Feier

Nachdem die Gesellschafter-Versammlung vom 8. Oktober und die Versammlung der Vorstände der Partei und Gewerkschaften vom 12. Oktober die Feier der Grundsteinlegung für das Partei- und Gewerkschaftshaus beschlossen haben, ist die Feier auf **Freitag, den 5. November, nachmittags 4 Uhr,** festgesetzt

Wir laden Sie hierdurch ein und bitten, möglichst um ¾4 Uhr auf dem Neubau, Nikolaistraße Nr. 7, zu erscheinen

Mit freundlichem Gruß

»Solidarität«
Partei- und Gewerkschaftshaus
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

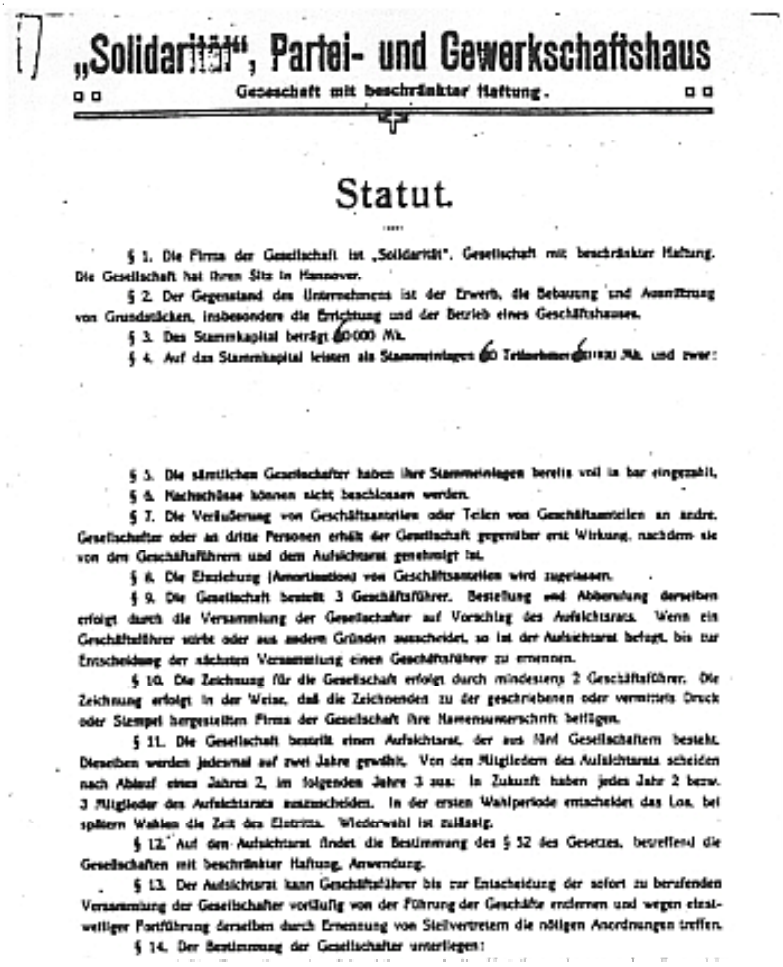
Robert Leinert Ernst Pickerodt

Hannover, den 28. Oktober 1909

Einladung zur »Grundsteinlegungs-Feier«

Zur besseren Koordination und Durchsetzung der Interessen und Bedürfnisse der Gewerkschaftshäuser erschien ab 1926 ein darauf zugeschnittenes Mitteilungsblatt. Die in ihm veröffentlichten Artikel waren einerseits praktische Ratgeber, andererseits dienten sie auch der Arbeitsgemeinschaft als gute Verbindung der angeschlossenen Häuser untereinander.

1931 gibt das Jahrbuch der Gewerkschaftsbewegung die Zahl der von den Ortsausschüssen unterhaltenen Gewerkschaftshäuser mit 166 an. Diese ungebrochene Kontinuität in der Errichtung weiterer Gewerkschaftshäuser machte deutlich, daß selbst in ökonomischen und politischen Krisenzeiten der Gewerkschafts- und Volkshausgedanken lebendig blieb und die selbst geschaffenen Häuser nicht als Selbstzweck, sondern als ein wertvolles und unentbehrliches Mittel im gewerkschaftlichen Kampf verstanden wurde.



„Solidarität", Partei- und Gewerkschaftshaus

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Statut.

§ 1. Die Firma der Gesellschaft ist „Solidarität". Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Hannover.

§ 2. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Bebauung und Ausnützung von Grundstücken, insbesondere die Errichtung und der Betrieb eines Geschäftshauses.

§ 3. Das Stammkapital beträgt 60 000 Mk.

§ 4. Auf das Stammkapital leisten als Stammeinlagen 60 Teilhaber [illegible] Mk. und zwar:

§ 5. Die sämtlichen Gesellschafter haben ihre Stammeinlagen bereits voll in bar eingezahlt.

§ 6. Nachschüsse können nicht beschlossen werden.

§ 7. Die Veräußerung von Geschäftsanteilen oder Teilen von Geschäftsanteilen an andre Gesellschafter oder an dritte Personen erhält der Gesellschaft gegenüber erst Wirkung, nachdem sie von dem Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat genehmigt ist.

§ 8. Die Einziehung (Amortisation) von Geschäftsanteilen wird zugelassen.

§ 9. Die Gesellschaft bestellt 3 Geschäftsführer. Bestellung und Abberufung derselben erfolgt durch die Versammlung der Gesellschafter auf Vorschlag des Aufsichtsrats. Wenn ein Geschäftsführer stirbt oder aus andern Gründen ausscheidet, so ist der Aufsichtsrat befugt, bis zur Entscheidung der nächsten Versammlung einen Geschäftsführer zu ernennen.

§ 10. Die Zeichnung für die Gesellschaft erfolgt durch mindestens 2 Geschäftsführer. Die Zeichnung erfolgt in der Weise, daß die Zeichnenden zu der geschriebenen oder vermittels Druck oder Stempel hergestellten Firma der Gesellschaft ihre Namensunterschrift beifügen.

§ 11. Die Gesellschaft bestellt einen Aufsichtsrat, der aus fünf Gesellschaftern besteht. Dieselben werden jedesmal auf zwei Jahre gewählt. Von den Mitgliedern des Aufsichtsrats scheiden nach Ablauf eines Jahres 2, im folgenden Jahre 3 aus. In Zukunft haben jedes Jahr 2 bezw. 3 Mitglieder des Aufsichtsrats auszuscheiden. In der ersten Wahlperiode entscheidet das Los, bei späteren Wahlen die Zeit des Eintritts. Wiederwahl ist zulässig.

§ 12. Auf den Aufsichtsrat findet die Bestimmung des § 52 des Gesetzes, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Anwendung.

§ 13. Der Aufsichtsrat kann Geschäftsführer bis zur Entscheidung der sofort zu berufenden Versammlung der Gesellschafter vorläufig von der Führung der Geschäfte entfernen und wegen einstweiliger Fortführung derselben durch Ernennung von Stellvertretern die nötigen Anordnungen treffen.

§ 14. Der Bestimmung der Gesellschafter unterliegen:

Auszug aus dem Statut der Trägergesellschaft »›Solidarität‹, Partei und Gewerkschaftshaus GmbH«

2. Geschichtlicher Abriß der Entstehung und Entwicklung des hannoverschen Gewerkschaftshauses

»Was Gemeinheit, Niedertracht, Lug und Trug
Uns auch immer für Wunden schlug,
Schwellende Kraft und Selbstvertrau'n
Ließ uns dies stolze Haus erbauen!«

(Dieser Spruch in der Vorhalle des hannoverschen Partei- und Gewerkschaftshauses wurde verfaßt von dem Genossen Bernhard Wilhelm).

Die Notwendigkeit zur Schaffung eines eigenen Hauses in Hannover ergab sich, wie auch an vielen anderen Orten, zunächst aus den beengten Raumverhältnissen und der ungünstigen Lage der über viele Stadtteile verstreuten Gewerkschaftsbüros sowie dem Mangel an kulturellen und bildungspolitischen Einrichtungen für die organisierte Arbeiterschaft. Für die sozialdemokratische Zeitung »Volkswille« sollte eine eigene Druckerei entstehen und auch die SPD-Hannover benötigte Räume für ihre Parteiorganisation. Jedoch bevor die Träger dieses Hauses – die freien Gewerkschaften und der Ortsverein der SPD[4] – diese Pläne realisieren und das Gebäude seiner Bestimmung übergeben konnten, mußten sie mit den, von Seiten der politischen Gegner, bereiteten Schwierigkeiten fertig werden.

2.1. Die organisierte hannoversche Arbeiterschaft bekommt eine neue Heimstätte

Bevor der Einzug in das neue Haus im Oktober und November 1910 stattfinden konnte, waren viele Beratungen nötig. Zur Ausführung dieses Bauvorhabens wurde 1908 die »Solidarität, Partei- und Gewerkschaftshaus GmbH.« gegründet. Der Redakteur des SPD-Organs »Volkswille«, Robert Leinert, von 1918-1924 erster sozialdemokratischer Oberbürgermeister von Hannover und Abgeordneter des Preußischen Landtages, war Mitglied der Baukommission für das Gewerkschaftshaus und beschrieb die Schwierigkeiten bei der Platzsuche 20 Jahre später in der Jubiläumsnummer des »Volkswille« wie folgt:

»Der Ankauf des Grundstücks, auf dem sich jetzt (1930, d. Verf.) das Gewerkschaftshaus befindet, wurde anfangs von den Organisationen abgelehnt. Beim Suchen nach einem weiteren geeigneten Grundstück kam auch das gegenüberliegende neben der Badehalle, auf dem das Hochhaus errichtet worden ist, in Frage. Es gehörte der Stadt. Die Verhandlungen mit dem Stadtdirektor Tramm und dem Senator Bauer waren sehr erfolgversprechend begonnen, und es wurde uns der Verkauf zugesagt. Als dann der Verkauf des Grundstücks von den Städtischen Kollegien genehmigt werden sollte, war es der Stadtdirektor, der sich dagegen wandte mit der Erklärung, man könne doch den Sozialdemokraten kein städtisches Grundstück verkaufen! Damit war der Plan der Errichtung des Hauses inmitten der Stadt erledigt, denn der Besitzer des Grundstückes Nikolaistraße 7 erklärte uns, als wir wieder Ankaufsverhandlungen mit

[4] Bis 1933 waren beide Organisationen personell, politisch wie auch örtlich miteinander verknüpft.

ihm aufnehmen wollten, daß er unter gar keinen Umständen sein Grundstück an die Sozialdemokraten mehr verkaufen werde (…).

Nun setzten wir uns mit den Brauereien in Verbindung, und es gelang der Lindener und Herrenhäuser Brauerei, das Grundstück zu demselben Preise, den wir zuerst ausgehandelt hatten, zu erwerben mit der Genehmigung, es sofort wieder an andere verkaufen zu können. Der Vorbesitzer, Pferdehändler Oppenheimer bekam einen leisen Schrecken, als er nach Unterschrift unter den Verkaufsvertrag den Übergang des Grundstücks an uns erleben mußte. ›Hätte ich gewußt, daß Sie hinter dem Kaufe stecken, dann würde ich an die Brauereien nicht verkauft haben‹, sagte er uns in ärgerlichem Tone, denn nun konnte er nicht mehr zurück.«[5]

Diese Passage macht deutlich, welche Schwierigkeiten die Arbeiterbewegung nur mit Tricks überwinden mußte, um den Bau ihres Hauses im Zentrum der Stadt zu realisieren.

Am 5. November 1909 fand die feierliche Grundsteinlegung im Beisein aller ortsansässigen Arbeiterorganisationen statt. Schon im Oktober 1910 war dann die feierliche Einweihung des Partei- und Gewerkschaftshauses. Einen Monat später wurde die Herberge ihrer Bestimmung übergeben. Ihr Zweck war es, den durchreisenden Gewerkschaftskollegen, aber auch den neu nach Hannover gezogenen, die Möglichkeit zu geben, billig in sauberen Unterkünften zu übernachten.

Eine Gesamtübersicht der neugeschaffenen Anlage zeigt, welche Einrichtungen die hannoversche Arbeiterbewegung mit dem neuen Hause erhalten hatte. Hier ein Auszug aus einem Bericht für 1911/12:

»Im vorigen Bericht war schon die Übersiedelung in das eigene Heim, das *Partei- und Gewerkschaftshaus*, mitgeteilt. Es sei an dieser Stelle nunmehr eine Gesamtübersicht der Anlage gegeben.

Das im Jahre 1909/10 mit einem Kostenaufwande von ca. 1½ Millionen erbaute und unter der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung betriebene Partei- und Gewerkschaftshaus hat einem lange empfundenen Bedürfnis der hiesigen Arbeiterschaft abgeholfen und die Zentralisierung der gesamten Arbeiterbewegung Hannover-Lindens hergestellt. Die Gesellschaft trägt den Namen: ›*Solidarität, Partei- und Gewerkschaftshaus*‹ und besteht aus 76 Gesellschaftern mit einem Stammkapital von 76.000 Mk., welches zur Hälfte von dem Gewerkschaftskartell und den Gewerkschaften und zur andern Hälfte von dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den 8. hannoverschen Wahlkreis eingezahlt ist. Ferner sind von den Gewerkschaftsmitgliedern durch einen einmaligen Beitrag von 4 Mk. von den männlichen und 2 Mk. von den weiblichen Mitgliedern 125.481,99 Mk. entrichtet. Außerdem zahlte der ›Volkswille‹ 50.000 Mk. Das Grundstück nebst Gebäude, die Maschinen, Mobilien, Wäsche, Geschirr usw. standen am 31. Dezember 1912 mit 1.519.218,94 Mk. zu Buche. Das gesamte Grundstück, das 630.013,94 Mk. gekostet hat, ist 4.533 Quadratmeter groß; davon sind bis jetzt 1.832,15 Quadratmeter bebaut. Das Grundstück selbst liegt an drei Straßen: an der

[5] R. Leinert; Das Partei- und Gewerkschaftshaus, in: »Volkswille«, Jubiläumsausgabe v. 1.10.1930, S. 55.

Nikolaistraße mit einer Straßenfront von 26,61 Meter, an der Artilleriestraße mit 14,57 Meter und an der Odeonstraße mit 30,38 Meter. Während an der Nikolaistraße die volle Breite ausgenutzt ist, steht der Platz an der Artilleriestraße noch vollständig und an der Odeonstraße zur Hälfte zur Bebauung zur Verfügung. Der Bau an der Odeonstraße ist so eingerichtet, daß das Treppenhaus auch für einen anliegenden Bau benutzt werden kann. Außerdem stehen noch an Bauplätzen zur Verfügung die rechts und links vom Mittelgebäude liegenden Flächen des ausgedehnten Grundstückes. Es ist also auch für weit absehbare Zeit kein Mangel an Grundfläche zur Herstellung neuer Räumlichkeiten vorhanden.

Das *Hauptgebäude*, an der Nikolaistraße Nr. 7 gelegen, enthält ein großes Restaurant nebst Speisesaal, eine Stehbierhalle, Hotelbetrieb (8 Zimmer mit 16 Betten), mehrere Sitzungszimmer und eine Doppelkegelbahn. An der Straßenfront befinden sich die Volksbuchhandlung, die Expedition des ›Volkswillens‹ sowie ein Zigarrengeschäft. In den drei Stockwerken des Hauptgebäudes sind untergebracht die Bureaus für 28 Gewerkschaften und Bezirksverwaltungen, das Arbeiter- und das Gewerkschafts-Sekretariat, die Partei-Sekretariate für die Provinz Hannover und den Wahlverein für den 8. hannoverschen Wahlkreis, das Bureau der Parteidruckerei, das Geschäftszimmer der ›Solidarität‹ und die Redaktion des ›Volkswillens‹, vier Wohnungen und das Jugendheim. Im Erdgeschoß sind im rechten Flügel eine schön und solide ausgestattete öffentliche Lesehalle und die Zentralbibliothek mit ca. 8.000 Bänden untergebracht.

Das *Mittelgebäude* enthält im Erd- und im 1. Obergeschoß die umfangreichen Betriebsräume der im Eigentum der Partei befindlichen Druckerei und Verlagsanstalt E. A. H. Meister u. Ko., im Keller große Papierräume und Badeeinrichtungen, im 2. Geschoß die Geschäftsräume für die Hauptverwaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz

BUCHDRUCKEREI UND VERLAGSANSTALT E. A. H. MEISTER & KO.

Die Setzerei, ein Saal von 13 Meter Breite, 20 Meter Länge und 4 Meter Höhe, enthält mehr als 100 Setzregale mit über 1000 Schriftkasten. Von beiden Seiten wird der Saal durch zehn große Fenster von Tageslicht erhellt. Die weißen Fliesenwände geben dem Raum ein helles und sauberes Aussehen. Hier wird an der Herstellung des »Volkswillens« mit den fünf Beilagen gearbeitet. Daneben sind noch »Der Proletarier« und andere bedeutende Zeitungen und Zeitschriften zu verarbeiten. Die Akzidenzsetzerei befindet sich in einem besonderen Raume. Modernes und reichhaltiges Material

GROSSER SETZERSAAL

Ausschnitt aus der Broschüre »Das Haus der Arbeit« über den Gewerkschaftshaus-Komplex: Hier die Vorstellung der Druckerei E. A. H. Meister (S. 7)

Hannover, und im 3. Geschoß ein großes photographisches Atelier und zwei Wohnungen.

Die *Herberge* befindet sich an der *Odeonstraße*. Sie ist durch einen Durchgang mit den übrigen Gebäuden verbunden, enthält ein Restaurant mit anliegendem Lesesaal, 103 Fremdenbetten, einen Baderaum mit 7 Duschen und einem Wannenbad nebst Desinfektionsapparat, eine Dampfwäscherei mit modernen Maschinen und Einrichtungen und eine Warmwasserbereitung.

Eine *Zentralheizung* mit 4 Kesseln, etwa in der Mitte sämtlicher Gebäude angelegt, dient zur Beheizung sämtlicher Räume aller Gebäude. Die Kosten der Beheizung für die umfangreichen Gebäude betrugen im Jahre 1911 10.748,14 Mk. und im Jahre 1912 13.324,01 Mk.

Zur *Beleuchtung* aller Räume dient nur elektrisches Licht. Dieses und die für die Druckerei- und sonstigen Maschinen erforderliche elektrische Kraft wird in eigener *elektrischer Zentralanlage* erzeugt. Die Anlage besteht aus zwei Dieselmotoren mit 125 P.S., zwei großen und einem kleinen Dynamo und einer Akkumulatoren-Batterie mit 120 Zellen. Der Kostenaufwand hierfür betrug 78.469,47 Mk. Die Betriebsunkosten betrugen 1911 7.452,20 Mk. und 1912 8.181 Mk. ohne Abschreibungen. Die eigene Versorgung mit Licht und Kraft stellt sich hiernach billiger als bei Entnahme aus den städtischen Werken.

Aus den Betriebsergebnissen sei folgendes mitgeteilt: Der Umsatz im Restaurant betrug im Jahre 1911 167.213,83 Mk. und im Jahre 1912 189.198,76 Mk. Die Umsätze in der Herberge betrugen im Jahre 1911 68.312,76 Mk. und im Jahre 1912 66.297,97 Mk. Die Herberge wurde benutzt im Jahre 1911 von 12.568 Reisenden mit 28.827 Übernachtungen und im Jahre 1912 von 11.767 Reisenden mit 27.159 Übernachtungen.

Neben diesem befinden sich die Autogaragen und ein Raum zum Einstellen der Fahrräder des Personals.

Zweckentsprechende Waschräume mit fließendem Wasser dienen zur Befriedigung des täglichen Waschbedürfnisses. – Zur Aufbewahrung der Kleidung hat jeder Beschäftigte einen verschließbaren Schrank. – Ein geschmackvoll ausgestatteter Speiseraum mit Tischen und Stühlen dient zum Aufenthalt während der Pause. Zum Kochen oder zum Erwärmen der Speisen sind zwei Gasherde und mehrere Töpfe vorhanden.

Zur Pflege der Reinlichkeit und Gesundheit stehen dem gesamten Personal (männlichen und weiblichen Personen) mit mehreren Wannen und Brausen ausgestattete Baderäume zur Verfügung, die täglich nach Schluß der Arbeitszeit

WASCHEINRICHTUNG NEBST KLEIDERSCHRANKEN

11

Broschüre »Das Haus der Arbeit« (S. 11): Die Präsentation der Einrichtung der Herberge und der Räume für das Personal.

Die Küche des Restaurants ist mit allen neuen Einrichtungen, u.a. mit elektrischem Spülapparat, Kartoffelschälmaschine, Warmwasserbereitung und Speiseaufzügen versehen. Modern eingerichtete Kühlräume zur Aufbewahrung des Küchenbedarfs sind vorhanden. Die Kühlung dieser Räume sowie der Bierkeller wird durch eine allen Anforderungen entsprechende eigene *Eis- und Kühlmaschine* bewirkt. Auch sonst ist das Restaurant wie das ganze Haus durch eine nach dem System Schreider eingebaute selbsttätige *Lüftungsanlage* gut gelüftet und der Aufenthalt in den Räumen dadurch ein außerordentlich angenehmer.

Eine eigene *Brunnenanlage* dient zur Versorgung der Dieselmotoren, der Eismaschine und der Badeeinrichtungen mit Wasser.

Die ganze Einrichtung, der Aufbau und der Betrieb unsres Partei- und Gewerkschaftshauses sind so von der *Solidarität aller Arbeiter-Organisationen* getragen, daß ein Absplittern irgendeines Teiles der Arbeiterbewegung als eine vollständige Unmöglichkeit erscheint. Insofern waren die Jahre 1908/09, in denen die Gründung des Partei- und Gewerkschaftshauses besprochen und beschlossen wurde, für die Arbeiterbewegung in Hannover von außerordentlicher Bedeutung. Möge diese Solidarität auch in Zukunft zum Ausbau des Partei- und Gewerkschaftshauses und zur Ausgestaltung aller Einrichtungen für die gesamte Arbeiterbewegung anhalten.«[6]

Der Kriegsbeginn unterbrach die stetige Aufwärtsentwicklung innerhalb der hannoverschen organisierten Arbeiterschaft. Mit der Zeichnung der Kriegsanleihe, dem »Burgfrieden«, fand eine gewerkschaftliche Tätigkeit im herkömmlichen Sinne in der Kriegsphase nicht oder nur ansatzweise

[6] **Gewerkschaftskartell Hannover-Linden und Umgebung (Hrsg.); Geschäftsbericht für das Jahr 1911/12. Hannover 1913, S. 8 f.**

DIE VOLKS-
BUCHHANDLUNG

Gegründet wurde unsere Volksbuchhandlung am 1. Oktober 1910. Als Träger derselben wurden die freien Gewerkschaften und der Ortsverein Hannover der Sozialdemokratischen Partei bestimmt.

Unsere Hauptaufgabe ist, sozialistische Literatur zu verbreiten, insbesondere den jungen Nachwuchs in das Studium des Sozialismus einzuführen. Neben den Schriften über Sozialwissenschaft ist unser Lager besonders mit Gesetzes- und Gewerkschafts-Literatur gut ausgerüstet, so daß jeder Arbeiter vollauf befriedigt werden kann. Auch Sport-, Kunst-, Reise- und technische Literatur wird ausreichend geführt, daneben ist ein umfangreiches

VOLKSBUCHHANDLUNG

Broschüre »Das Haus der Arbeit« über den Gewerkschaftshaus-Komplex (S. 13) : Hier die Vorstellung der Volksbuchhandlung mit einer Auflistung des Literaturangebots.

statt. Von den hannoverschen Gewerkschaftsmitgliedern wurden im August 1914 fast ein Viertel eingezogen, während zugleich 17 % infolge der kriegsbedingten Umstellung in der Industrie arbeitslos wurden.[7]

Die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in Hannover wurden zunehmend schlechter und die Stellung der Gewerkschaften ebenfalls erheblich geschwächt durch Verlust an Mitgliedern bei gleichzeitiger Zunahme von Unterstützungsleistungen für Arbeitslose und Angehörige von Einberufenen. Die Gewerkschaften hatten einen großen Teil der sozialen Folgen des Krieges aufzufangen. Die staatlichen und städtischen Leistungen garantierten nicht das Existenzminimum für Kriegsversehrte und Hinterbliebene.[8] So wurde u.a. die Gewerkschaftsherberge in ein Lazarett umgewandelt und auf dem Hof des Gebäudekomplexes übte der Arbeiterfürsorgeschutz seine sozialen Aufgaben aus (u.a. eine Volksküche). Ohne das Gewerkschaftshaus wäre die soziale Hilfe für die Arbeiter nicht in dem Umfange möglich gewesen.[9]

2.2. Das Gewerkschaftshaus in der Weimarer Republik

In der Revolutionszeit nach dem Kriege konstituierte sich im Gewerkschaftshaus der hannoversche Arbeiter- und Soldatenrates und war somit für eine kurze Zeit das »Hauptquartier« der neuen Macht. Trotz des Anpassungskurses während des Krieges und der Politik der Arbeitsgemeinschaft stieg die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften in den folgenden Jahren wieder deutlich an und erreichte Ende 1921 über Hundertausend. Die Sozialdemokratische Partei zählte um die gleiche Zeit fast 35.000 Mitglieder.[10] Dieser erfreuliche Entwicklungsprozeß machte Erweiterungsbauten des Gewerkschaftshauses bald erforderlich. Bereits 1919 konnte man das nach dem Krieg aufgelöste Vereinsheim der Kriegervereine in der Nikolaistraße 10 und Odeonstraße 12 erwerben und durch Renovierungsmaßnahmen zu einem »Volksheim« umwidmen.

Zur Unterbringung weiterer Organisationen wurden 1921 und 1922 die Grundstücke Odeonstraße 9 und 10 erworben und Anbauten durchgeführt, die aus Sonderbeiträgen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter finanziert wurden. Die Zahl der Gesellschafter stieg auf 128 und der einzelne Stammanteil wurde von 1.000 auf 3.000 RM erhöht. Dadurch stieg das Stammkapital auf 384.000 RM und wurde wenige Jahre später noch einmal erhöht. Auch der Name der Gesellschaft wurde geändert in »Gewerkschaft und Volksheim GmbH«.[11]

Welche Organisationen und Gruppen von nun an im Gewerkschaftshaus vertreten waren, schildert F. Feldmann:

---

[7] H.P. Riesche; Die hannoversche Arbeiterbewegung 1890-1950. Einige Ergebnisse. In: Hannover Uni. Zeitschrift der Universität Hannover. Nr. 1 1984. S. 27 f.; ders., Das ›Projekt Arbeiterbewegung in Hannover‹ des Seminars für Wissenschaft von der Politik. Einige Ergebnisse. Institut für Politische Wissenschaft. Universität Hannover. Arbeitspapiere Nr. 4. Eigendruck 1984.

[8] Vgl. A. Müller; Die Sozialdemokratie Groß-Hannovers am Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Reichskonferenz im September 1916, Hannover 1977, S. 167ff.

[9] Vgl. R. Leinert; a.a.O.

[10] Vgl. J. Striefler; Kurze Übersicht über den Stand der Gewerkschaften und der Partei vom Jahre 1909 bis zum Ende 1945 (unveröffentlichtes Manuskript), 3 Seiten, Hannover Oktober 1945.

[11] Ebenda.

»In dem gesamten Gebäudekomplex sind die Hauptverwaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands (der Verband zog im Juni/Juli 1930 um in das verbandseigene Gewerkschaftshaus Am Rathenauplatz 3, d. Verf.), der Ortsausschuß des ADGB, fast sämtliche Ortsverwaltungen sowie Gau- und Bezirksleitungen der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände untergebracht. Ferner das Bezirkssekretariat und das Sekretariat des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, außerdem der Bezirks- und Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt, die Arbeiterjugend, das Kartell für Sport und Körperpflege, die Arbeitersamariter, die Freie Volksbühne, die Volksfürsorge, Buchdruckerei, Schriftleitung und Verlag des ›Volkswille‹, die Volksbuchhandlung. Dazu kommt noch eine Reihe anderer mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in gewissem Zusammenhang stehender Einrichtungen, u.a. eine Verkaufsstelle des Fahrradhauses ›Frischauf‹. – Die von den angeführten Organisationen und den im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegründeten Unternehmungen benutzten Räume haben einen Flächeninhalt von etwa 5.500 Quadratmetern; außerdem sind noch etwa 24 Wohnungen vorhanden. Das Volksheim enthält einen großen, etwa 2.000 Personen fassenden Saal mit großer Bühne, einen kleineren, etwa 300 Personen fassenden Saal, drei je etwa 100 Personen fassende Versammlungsräume sowie ein großes Restaurant mit Garten.«[12]

Dem Gewerkschaftshaus angeschlossen war ein Hotel mit 20 Betten zu günstigen Preisen.

---

[12] F. Feldmann; Geschichte des Ortsvereins Hannover der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, vom Gründungsjahre 1864 bis 1933, Hannover 1952, S. 143.

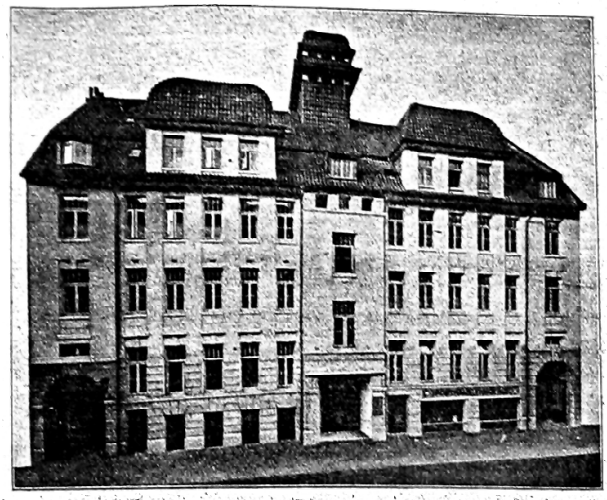
Anzeigen aus den Zwanziger Jahren dokumentieren die Vielfalt der Aktivitäten und Einrichtungen im hannoverschen Gewerkschaftshaus.

Die im Krieg als Lazarett genutzte Herberge wurde 1926 umgebaut und wieder der ursprünglichen Bestimmung übergeben, nämlich allen durchreisenden oder sich zeitweise in Hannover aufhaltenden gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine preiswerte Unterkunft zu ermöglichen. Alle Räume wurden zentral beheizt und besaßen elektrisches Licht, das durch ein hauseigenes Kraftwerk gespeist wurde.[13] Im Bericht des Ortsausschusses Hannover des ADGB für das Jahr 1926 finden sich folgende Ausführungen über die Neueröffnung der Gewerkschaftsherberge:

»**Neue Herberge im Gewerkschaftshause.**
Hannover, den 26. März.

Gewerkschaftliche Solidarität hat schon manches Werk geschaffen, das sich segensreich für die Arbeiterschaft ausgewirkt hat. Viele dieser Werke wurden bahnbrechend auf sozialpolitischem Gebiete. Eine besondere Pflege verlangt von den Gewerkschaften auch das Herbergswesen. Von dem alten, romantischen Wandertum, das den jungen Handwerker aus der Enge seiner Heimat hinauszog in die Lande, ist kaum noch ein dürftiger Rest geblieben. Aber das Wandern hat trotzdem nicht aufgehört. Bodenständigkeit und Kapitalismus sind, soweit der Arbeiter in Betracht kommt, zwei scharfe Gegensätze. Die Stellung des Arbeiters in der Produktion ist größten Willkürlichkeiten unterworfen. Deshalb müssen nicht nur junge, sondern auch ältere Arbeiter oft ihr Bündel schnüren, um auf ferneren Arbeitsplätzen nach Erwerb zu fragen. Für die zu- und durchreisenden Gewerkschaftskollegen hatte das Gewerkschaftshaus in Hannover wohl schon bisher eine Übernachtungsmöglichkeit, die sich aber zunächst in einem engeren Rahmen hielt. Im Kriege diente diese Herberge mit als Lazarett.

[13] **Ebenda.**



GEWERKSCHAFTSHAUS (RÜCKANSICHT)

Das Volksheim e
etwa 2000 Perſone
großer Bühne, einen
Perſonen faſſenden
Perſonen faſſende
ſowie ein großes Re
Im Gewerkſchaf
modernen Anſprüch
genügendes Reſtaur
und Reſtaurants des
und Volksheims ſind
techniſchen und n
tungen (Eis- und
verſehen, und da S
nur in beſter Qual
iſt der Aufenthalt i
in jeder Beziehung
Beſuch kann daher
werden.
Für Übernachtun
iſt ein Hotel mit 2
das, wie alle Einr
ausgeſtattet iſt.

Broschüre »Das Haus der Arbeit« (S. 16): Rückansicht des Gewerkschaftshauses.

Jetzt ist nun durch den Um- und Neubau an der Odeonstraße die Herberge neu erstanden. 50 Betten stehen in hellen, freundlich ausgestatteten Räumen für die durchreisenden Gewerkschaftskollegen bereit. Ein Bad, völlig neu eingerichtet, das eine ganze Reihe Brausebäder und auch Wannenbäder enthält, schließt sich der Herberge an. Ein Restaurationsraum und ein Tagesaufenthaltsraum vervollständigen sie. Die letztgenannten Räume sind ebenfalls mit einem frohen, bunten Farbenanstrich versehen worden, und ein Kranz heiter gestimmter Bilder an den Wänden erhöht die Freundlichkeit und Behaglichkeit derselben. Zu einem niedrigen Preise kann der Reisende hier Obdach, Essen und Bad erstehen. Am Sonnabend soll die Herberge eröffnet werden. Die organisierte Arbeiterschaft kann stolz sein auf dieses neue Werk, das entstanden ist auf dem Grunde der Kraft und Geschlossenheit der freien Gewerkschaften.«

Auch kulturell entwickelte sich in den darauffolgenden Jahren das Gewerkschaftshaus zum Mittelpunkt der hannoverschen Arbeiterschaft. Neben politischen Agitationsveranstaltungen, Funktionärsschulungen der Gewerkschaften und SPD inszenierte die Freie Volksbühne Theateraufführungen, fanden regelmäßig Filmvorführungen und zahlreiche Feiern im Volksheim statt, so daß die Einrichtungen dieses Hauses immer mehr den Charakter eines echten Volkshauses annahmen. Freilich ging an diesem zu einem regelrechten »Wirtschaftsunternehmen« angewachsenen Komplex die seit 1929 einsetzende Wirtschaftskrise nicht spurlos vorüber, da ja sämtliche Betriebe des Gewerkschaftshauses zwangsläufig auf den Schultern der Arbeiterschaft ruhten und auf deren Unterstützung angewiesen waren. Von der Geißel Arbeitslosigkeit tief getroffen mußten die Wirtschaftsbetriebe des Gewerkschaftshauses schmerzhafte Einbußen hinnehmen. Der letzte, noch verbliebene Geschäftsbericht der »Gewerkschaftshaus und Volksheim GmbH« von 1932 stellt dazu fest:

»Das Berichtsjahr stand im Zeichen politischer und wirtschaftlicher Reaktion. Die Löhne und Gehälter wurden radikal abgebaut, die Unterstützungssätze gesenkt, die Renten gekürzt. Dabei stiegen die Preise für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel infolge der Erhöhung von Zöllen und Steuern und die Zahl der Erwerbslosen wuchs weiterhin beträchtlich. – Die dadurch herbeigeführte Verminderung der Kaufkraft der breiten Massen hat unsere Betriebe, die ja mehr als andere Stätten dieser Art ausschließlich auf Arbeiter und Angestellte als Besucher angewiesen sind, stark in Mitleidenschaft gezogen.«[14]

Umsatzrückgang bei den Wirtschaftsbetrieben, Rückgang der Belegungszahl bei den Hotel- und Herbergsräumen waren die Folge, notwendige Reparaturen konnten kaum ausgeführt werden.

»Dazu kommt, daß bereits einige Verbände zu Einschränkungen und Zusammenlegungen von Büros gezwungen waren, und andere Mieter sich sogar zur Aufgabe ihrer Lokalitäten in unserem Hause entschlossen haben; alles das hat dazu geführt, daß die Mieteinnahmen (…) hinter denen des Jahres 1931 zurückblieben. In gleicher Weise sind im Volksheim, insbesondere auch infolge Leerstehens des Ladens und eines Büros, die Mieteinnahmen (…) zurückgegangen. Reparaturen (…) konnten unter

[14] **Gewerkschaftshaus und Volksheim GmbH Hannover; Geschäftsbericht 1932, 7 Seiten, hier: S. 3.**

diesen Umständen im verflossenen Jahre nicht vorgenommen werden. Die schon für 1932 vorgesehene Renovierung des Restaurants mußte auf das neue Jahr verschoben werden.«[15]

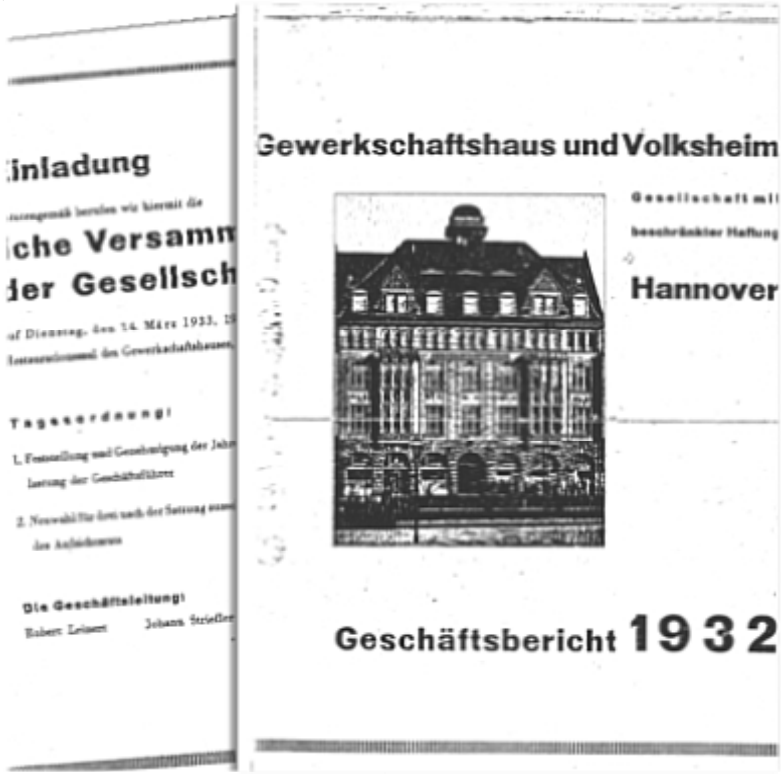
Trotz dieser düsteren Bilanz für das Jahr 1932 gab man die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht auf. Da dieses Gebäude gerade von und für die Arbeiter unter schweren Opfern geschaffen wurde, schloß dieser Bericht mit einem Appell an die hannoverschen Arbeiter:

»Gerade in den jetzigen schweren und dunklen Zeiten ist es die Ehrenpflicht aller organisierten Arbeiter und Angestellten, ihr mit gewaltigen Opfern errichtetes Haus mit voller Hingabe tatkräftig zu unterstützen. Wir dürfen wohl erwarten, daß sich alle, die uns nahestehen, dieser Pflicht im neuen Jahre besonders bewußt werden.«[16]

Jedoch die politischen Ereignisse bereiteten diesem Vorsatz schon 18 Tage später ein jähes Ende.

---

[15] A.a.O., S. 4.
[16] A.a.O., S. 5.



Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung am 14. März 1933 mit dem Geschäftsbericht für das jahr 1932.

3. Die organisierte Arbeiterschaft in der Zeit des aufkommenden Nationalsozialismus 1930-1933

Als während und vor allem nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wegen ihrer Ablehnung in Berlin eine für ihre persönliche Sicherheit äußerst bedrohliche Situation vorfanden, beschloß der bayerische Abgeordnete Wilhelm Hoegner mit einigen seiner Kollegen nicht nach München zurückzukehren, sondern nach Hannover zu fahren, »wo man nach der Auskunft der dortigen Freunde noch ungeschoren war. Sie hatten nicht geflunkert. Wir fanden das Gewerkschaftshaus in Hannover mit Stacheldrahtverhauen gesichert und die Eingänge von Reichsbannerleuten in Uniform bewacht. (…) Die Zuversicht der Hannoveraner Genossen und ihr Vertrauen auf die ungebrochene Kraft der freien Arbeiterbewegung steckte uns an. Am anderen Vormittag besahen wir uns die Stadt. Alles war friedlich und ging seinen Geschäften nach. (…) Fast kamen wir aus dem Staunen nicht heraus, daß es mitten in Deutschland noch eine vom Nationalsozialismus schier unberührte Großstadt gab.«[17]

Diese Schilderung des späteren bayrischen Ministerpräsidenten, die er 1937 im Schweizer Exil verfaßte, betreffen die Zeit genau eine Woche vor dem 1. April und waren für Hoegner selbst unter dem Titel »Flucht vor Hitler« Anlaß zu allerlei Fragen über die Verantwortlichkeit der Arbeiterbewegung im Übergang zur Diktatur der Nationalsozialisten. Denn wenn das Gewerkschaftshaus äußerlich betrachtet fast wie eine Festung gegen Überfälle von Nationalsozialisten gesichert war, wie konnte es dann knapp eine Woche später am 1. April kampflos durch die SS-Männer eingenommen und besetzt werden und damit von den Nazis das Startsignal gegeben werden zur endgültigen Zerschlagung der freien Arbeiterbewegung in Hannover? Wie konnte ihr der Stolz jahrelanger Aufbau- und Organisationsleistung so leicht entrissen, das Zentrum ihrer Gegenmacht vernichtet werden?

Vergegenwärtigt man sich die allgemeine geschichtliche Entwicklung der letzten Jahre der Weimarer Republik und im besonderen die Lage in Hannover, dann lassen sich einige plausible Gründe finden, die dazu führten, daß die 31 dem ADGB-Hannover angeschlossenen Verbände mit ihren über 72.000 Mitgliedern[18] ihrer Zentrale so leicht beraubt werden konnte.

Eingrenzend muß freilich vorab bemerkt werden, daß die wilden Übergriffe der Nationalsozialisten auf Einrichtungen der freien Arbeiterbe-

---

[17] Wilhelm Hoegner; Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933. Mit einem Nachwort von Wolfgang Jean Stock., München 1977, S. 142; Hoegner wurde von den eigenen Genossen offenbar nur unzureichend informiert, denn die geschilderte »Idylle« entsprach kaum der Wirklichkeit: mehrmals wurde seit dem 30. Januar das Erscheinen der Arbeiterpresse verboten und am 22. Februar wurden bei einem bewaffneten Nazi-Überfall auf eine sozialdemokratische Wahlkundgebung am Lister Turm die Reichbannerleute Wilhelm Heese und Willi Großkopf ermordet und 26 weitere zum Teil schwer verletzt. Kurz zuvor hatte die SA eine Wahlversammlung in Bothfeld überfallen und zehn Teilnehmer verletzt. Volkswille vom 23. Februar 1933. Bei der Beerdigungsfeier wurde in einigen Betrieben die Arbeit für eine Stunde niedergelegt. Am darauf folgenden Sonntag rief die SPD zur Massenkundgebung auf den Klagesmarkt.

[18] Vgl. Bernd Rabe; Der sozialdemokratische Charakter, Frankfurt a.M./New York 1978, S. 52.

wegung, insbesondere auf die Gewerkschaftshäuser zwischen der »Machtergreifung« und der offiziellen staatlich verordneten Besetzung der Gewerkschaftseinrichtungen am 2. Mai sich in vielen Städten ereigneten und insofern der Überfall auf das hannoversche Gewerkschaftshaus durchaus kein Einzelfall war. Es handelt sich also keineswegs um ein lokales Phänomen, sondern um eine allgemeine Erscheinung, die in der Forschung seit vielen Jahren immer wieder neue Kontroversen auslöste. Als einigermaßen gesichert kann man von folgenden Tatsachen ausgehen.

3.1. Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Politik in der Wirtschaftskrise

Die politische Entwicklung, die letztlich zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung führte, reicht zurück auf den Sturz der Regierung Hermann Müller (SPD) im März 1930, die bis dahin von einer Großen Koalition parlamentarisch gestützt war. Der Austritt der SPD hätte nur vermieden werden können, wenn sie bereit gewesen wäre, in der Wirtschaftskrise der Reduktion der Arbeitslosenversicherung zuzustimmen. Das hätte sonst den absoluten Vertrauensverlust der Gewerkschaften bedeutet. Nicht also der Rücktritt selbst war politisch bedenklich, sondern die Vermeidung eines entschiedenen außerparlamentarischen Kampfes zur Verteidigung der Verfassung und des eigenen sozialistischen Programms. Weder SPD noch Gewerkschaften waren zu ernsthaften außerparlamentarischen Aktionen bereit und förderten mit ihrer Stützung des wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses der folgenden Präsidialkabinette nicht nur die scheinradikalen Aktivitäten der KPD, sondern förderten durch die lähmende Passivität auch die sukzessive Preisgabe des Lebenshaltungsniveaus und der verfassungsrechtlich geschützten Arbeitnehmerrechte. Daraus entwickelten sich Strukturen, die letztlich mitverantwortlich waren, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften »ohne wesentliche Gegenwehr von den Nationalsozialisten zerschlagen werden konnten.«[19] Die Tolerierungspolitik gegenüber Brüning,[20] die den Nationalsozialismus als »größeres Übel« verhindern sollte, erwies sich faktisch als vorweggenommene Kapitulation, da sie zu immer weiteren Zugeständnissen wie der Unterstützung Hindenburgs zur zweiten Reichspräsidentenwahl und schließlich der hilflosen Hinnahme des Papenstreichs in Preußem im Juli 1932.

Der ADGB hatte durchaus vernünftige Gegenmaßnahmen gefordert wie etwa die Einführung der Vierzig-Stunden-Woche auch als Gegenmittel gegen die Arbeitslosigkeit oder ab Februar 1932 die Beendigung der Deflationspolitik und eine positive Politik der Wirtschaftsförderung. So wurde auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des ADGB im April 1932 ein konkretes Arbeitsbeschaffungsporgramm vorgelegt. Aber die Durchsetzungskraft gegenüber der politisch organisierten Schwerindustrie war bereits erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig mit der Tolerierungspolitik wurde es für den ADGB zunehmend schwieriger, auf Mittel der innerbetrieblichen Kämpfe gegen Rationalisierung und Lohnkürzungen zurückzugreifen. Stattdessen begann man sich von nun an stärker am

[19] P. Lampe; Die Politik des sozialdemokratisch orientierten Teils der Arbeiterbewegung in Hannover in der Zeit des aufkommenden Nationalsozialismus 1930-33, Hannover 1975, S. 1 (Staatsexamensarbeit/Projekt Arbeiterbewegung).

[20] Zu den Notverordnungen gehörten u.a.:
Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge, Kürzung der Dauer und Höhe des Arbeitslosengeldes und die Senkung der Tariflöhne.

»Gemeinwohl«[21] und an der Sorge um den »Gesamtbestande des staatlichen Lebens, der Erhaltung der Demokratie« zu orientieren.[22]

Die immer rascher steigende Arbeitslosenzahl verminderte zwangsläufig die Durchsetzungsfähigkeit jeder Gewerkschaftspolitik, da die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern gegenüberr Gesamtheit der Arbeitskräfte überproportional hoch war, da in der Regel gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aus den Betrieben früher entlassen entlassen werden als Nichtorganisierte, so daß auch vielerorts die personelle und daraus folgend auch die finanzielle Basis fehlte, um einen gewerkschaftlichen Streik erfolgreich durchführen zu können.

»Nach ADGB-Angaben waren von 100 Gewerkschaftsmitgliedern 1929 etwa 13 arbeitslos, 1930 zehn mehr (= 23) und 1931 im Jahresdurchschnitt 35; im Februar und März 1932 sogar 45. Zu dieser Zeit schätzte der ADGB den Prozentsatz der Arbeitslosen unter sämtlichen – organisierten und unorganisierten – gewerblichen Arbeitern auf 40%.«[23]

3.2. Der letzte gewerkschaftliche Streik in Hannover

Der letzte gewerkschaftlich organisierte Streik in Hannover vor Ende der Weimarer Republik fand von Anfang Dezember 1930 bis 12. Januar 1931 bei der Hanomag gegen Lohnkürzungen statt.[24] Von diesem Zeitpunkt an »unterwarfen« sich auch die hannoverschen Gewerkschaften dem Diktat der Notverordnungen und der dadurch erhofften wirtschaftlichen Sanierung. R. Wabner zieht aus dieser gewerkschaftlichen Haltung den Schluß:

Die Arbeiter hätten ab »(…) 1931 ohne Unterstützung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen gegen ein Gesetz, die Notverordnung, und damit gegen den Staatsapparat kämpfen müssen – ein riesiges und gefährliches Unterfangen, zu dem die hannoverschen (…) (Arbeiter, d. Verf.) ohne Schutz und Unterstützung ihrer Gewerkschaft weder willens noch in der Lage waren. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Notverordnung kampflos hinzunehmen.« Damit konnten sie sich zum einen nicht mehr selber »(…) vor den Folgen der Rationalisierung und den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise schützen und zum anderen ebnete ihr unfreiwilliger Verzicht auf kämpferische Auseinandersetzungen den Unternehmen den Weg, der gesamte hannoverschen Arbeiterschaft die Lasten des verlorenen Krieges aufzubürden«.[25]

3.3. Die Nationalsozialisten verstärken in den Betrieben ihre politische Betätigung

Ab 1931 mußten sich die freien Gewerkschafter auch in den hannoverschen Betrieben verstärkt mit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) auseinandersetzen, die sich selbst als eine »Spezialwaffe der NSDAP« gegen den »Betriebs-Marxismus« verstand.[26] Schon

[21] Vgl. Jahrbuch des ADGB 1930, Berlin 1931, S. 47.
[22] Gewerkschaftszeitung, 41. Jg. 1931, S. 3.
[23] D. Prinz/M. Rexin (Hrsg.); Gewerkschaftsjugend im Weimarer Staat, Köln 1983, S. 212.
[24] Vgl. zum Hanomag-Streik ausführlicher: R. Wabner; Lernen aus verpaßten Chancen. Zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung 1815-1933, S. 205-210.
[25] Ders. a.a.O., S. 209 f.
[26] Vgl. »Arbeitertum«, Blätter für Theorie und Praxis der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation, Folge 1, 1. Jg. vom 1.3.1931, S. 5.

bei den Betriebsratswahlen 1931 konnte diese Organisation mit 1 bzw. 2 Betriebsratsmitgliedern in Firmen wie Conti, Fritz Ahrberg, Herrenhäuser Brauerei (die beiden letzten Unternehmen unterstützten die hannoversche NSDAP ab 1932 auch mit finanziellen Mitteln), Straßenbahn AG sowie der Wollwäscherei und -kämmerei in Hannover-Döhren, Fuß fassen.[27] Die uneingeschränkte Destruktionspolitik der Nationalsozialisten in diesen Gremien und die propagandistische Ausschlachtung mancher Betriebsratsbeschlüsse führte oft dazu, daß es zu einem »Kleinkrieg« kam, der eine sinnvolle Betriebsratsarbeit im Interesse der Arbeiterschaft erheblich beeinträchtigte. Dieser »Kleinkrieg« zwischen der organisierten Arbeiterschaft und den Nationalsozialisten setzte sich immer häufiger auf brutale und blutige Weise auf den Straßen Hannovers fort.

3.4. Die »Eiserne Front« gegen den Faschismus muß her!

Seit den Septemberwahlen 1930 hatten sich die SPD und Gewerkschaften der immer frecher und siegesbewußter auftretenden Nationalsozialisten und ihrer Sturmtruppen zu erwehren. Dem »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« kam verstärkte Bedeutung zu. Diese, 1924 von führenden SPD-Funktionären gegründete Organisation zum Schutz der parlamentarischen Ordnung in der Weimarer Republik, mußte von nun an Parteiversammlungen, Kundgebungen und das Gewerkschaftshaus vor Übergriffen der Nationalsozialisten schützen. Durch ihr paramilitärisches Auftreten sollte das Reichsbanner für ein Gegengewicht gegen die nationalsozialische SA und SS sorgen, »und so die Gewißheit verbreiten, daß die Republikaner nicht kampflos das Feld räumen und immer zur Stelle seien.«[28] Das Reichsbanner konnte in Hannover im Jahre 1932 immerhin 4.150 Mann mobilisieren.[29]

Angesichts späterer Aktionen des Reichsbanners liegt die Vermutung nahe, daß zwar einige Mitglieder Waffen besessen haben mußten, die große Mehrheit aber unbewaffnet und auf einfachere Geräte bzw. ihre trainierten Fäuste angewiesen war. Man verstand sich keineswegs als Bürgerkriegsarmee, sondern republikanische Organisation, die im Ernstfall der Polizei verstärkend zur Seite stand. Die dargestellte antifaschistische Kampfbereitschaft des Reichsbanners suggerierte Kraft und mochte vielen Mitgliedern auch Beruhigung vermitteln, die gelegentlich zur Unterschätzung der wirklichen nationalsozialistischen Gefahr führte; dennoch knüpften viele ihre Hoffnungen an die Belebung der Reichsbanneraktivitäten für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus.[30]

Angesichts des raschen Aufstiegs der Nationalsozialisten, der in Braunschweig und in Thüringen sogar zu Regierungsverantwortung der NSDAP führte, sowie der unterstützenden Formation der »Nationalen Opposition« zur sogenannten »Harzburger Front« im Oktober 1931, zwang die Organisationen der Arbeiterbewegung darüber nachzudenken, wie man entschlossener und auf breiterer Front gegen den drohenden Faschismus vorgehen können. Im Dezember 1931 trafen sich die Reichs-

---

[27] Vgl. »Arbeitertum«, Folge 4/5, 1. Jg. vom 1.5.1931, 5. 18.
[28] P. Schulze (Hrsg.); Lesebuch zur Politik der hannoverschen Sozialdemokratie 1920-1933 Hannover 1978, S. 6.2.
[29] Vgl. P. Schulze; a.a.O.
[30] A.a.O., S. 6.3.

vorstände von SPD, Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersport, um gemeinsame Abwehraktivitäten zu beraten. Die Vorstände riefen zur Bildung der nominell überparteilichen »Eisernen Front« gegen den Faschismus auf.[31]

3.5. Entstehung und Entwicklung der »Eisernen Front« in Hannover

In den Provinzen bildeten sich ab Januar 1932 Aktionsausschüsse mit der Aufgabe, durch einen eigenwilligen Agitationsstil eine große Versammlungswelle ins Leben zu rufen. Mit machtvollen Kundgebungen sollte die entschlossene Abwehrbereitschaft für die Demokratie in der Öffentlichkeit demonstriert werden, um durch das so zur Schau gestellte Kampfbewußtsein die Gegner von rechts und links einzuschüchtern. Die Aufbruchstimmung sollte zugleich vermitteln, daß man zum Angriff übergegangen sei, aber ebenso klar hatte man allen »illegalen Aktionen« eine klare Absage erteilt.[32] Diese Strategie der breiten Massenmobilisierung zur Durchsetzung politischer Ziele kam auch in den Anfang Februar in Hannover begonnenen Aktionen deutlich zum Ausdruck. Begonnen wurde mit einer Massenkundgebung in den Sälen des Volksheimes, ihr folgten 20 weitere Veranstaltungen bis zum 7. Februar.[33] Zur weiteren Erfassung aller republikanischer Kräfte wurde in der Zeit vom 15. bis 21.2.1932 eine »Rüstwoche« der »Eisernen Front« geplant, wobei jeder Republikaner in »Eisernen Büchern« sein Bekenntnis gegen den Faschismus abgeben sollte, möglichst verbunden mit einer Spende.[34] Parallel zur Bildung der »Eisernen Front« bildete sich in Hannover eine »Junge Front« aus den Jugendorganisationen der Gewerkschaften, SAJ, dem Jungbanner und Studentengruppen, die ihre Aufgabe u.a. in der Organisation von Kundgebungen für Jungwähler sahen, um der Behauptung entgegenzutreten, der Sozialdemokratie und der Republik fehle die Jugend.[35]

---

[31] Parallel und mit ähnlicher Intention gründete die KPD Ende 1930 den »Kampfbund gegen den Faschismus«.
[32] Vgl. P. Lampe; a.a.O., S. 30.
[33] Vgl. Volkswille, Nr. 27, 43. Jg. vom 2.2.1932.
[34] Volkswille, Nr. 20, 43. Jg. vom 24.1.1932.
[35] Vgl. P. Lampe; a.a.O., S. 30.

RÜSTWOCHE der EISERNEN FRONT

In Hannover sind in der letzten Woche

tagtägliche Kundgebungen

durchgeführt. Alle Kundgebungen hatten einen achtunggebietenden Erfolg. Diese Serie von Kundgebungen wird auch in der nächsten Woche fortgesetzt, tagtäglich werden wir unsere Aufklärungsarbeit in die Straßen und Bezirke der Vororte an die Wählerschaft heranbringen.

Am Sonntag beginnt die eigentliche

Rüstkammerwoche auch in Hannover.

Von diesem Tage an werden bis zum 21. Februar an dreißig Stellen die Eisernen Bücher ausliegen. Diese Rüstkammern sollen für die nächste Woche die Stützpunkte der republikanischen Werbearbeit werden. In die Eisernen Bücher wird jeder, ob jung, ob alt, ob **Mann oder Frau**, seinen Namen eintragen, der gewillt ist, die Republik gegen den Faschismus zu verteidigen. Die Eisernen Bücher sollen die Stammrollen der Verteidigungsarmee der Volksrechte gegen Faschismus werden. Sie sind zugleich das beste Volksbegehren, mit dem das deutsche Volk den Beweis antreten wird, daß dem Faschismus ein machtvolles Halt geboten wird.

Die Einzeichnungslokale sind Sonntags von 9 bis 21 Uhr und wochentags von 14 bis 21 Uhr geöffnet. Schon der erste Sonntag der Einzeichnung muß einen Massen- [illegible] deren Name muß auch

[illegible] zum Preise von 20 Pfennig in den [illegible] abgegeben: Erwerbslose erhalten an der Tageskasse am Eingang gegen Vorzeigung ihrer Stempelkarte Karten für 10 Pf.

In den Berliner Einzeichnungsstellen haben sich in einer Woche über 200 000 Männer und Frauen eingetragen. Republikaner, Arbeiter, Angestellte und Beamte, helft alle mit, die Sammlungsaktion auch in Hannover nachdrücklichst zu unterstützen! Schreibt euren Namen in die Eisernen Bücher und seid für die nächste Woche Werber der Eisernen Front! Alles eingesetzt für die Parole:

[illegible] die Front!

[illegible]to Wels, der Parteiführer:

Die Fronten sind formiert. Drüben stehen die kapitalistischen Sozialreaktionäre und Faschisten — haben die Sozialisten und Republikaner, und ihre Standarten heben sich so grell voneinander ab, daß es keinem Volksgenossen schwerfallen kann, sich zu entscheiden, in welchem Lager sein Platz zu sein hat.

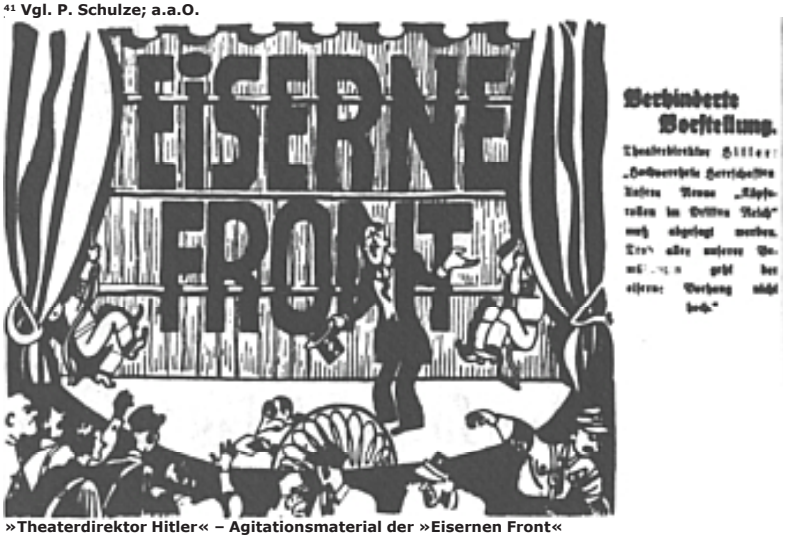
In die eiserne Abwehrfront gegen den Faschismus gehören alle, die die republikanische Verfassung gesichert, die Deutschlands Aufstieg, die sozialen und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse verwirklicht und den europäischen Frieden erhalten sehen wollen. Den Todfeinden der Demokratie und des Sozialismus aber leistet Helferdienste, wer den [illegible]hnsinnigen Parolen der Kommunisten folgt, die in [illegible]sem Kampf auf Leben und Tod der Arbeiterbewegung zu nichts anderem als zu klassenverräterischer Hetze gegen die antifaschistische [illegible] fähig ist.

Überschwenglich – »Trommelfeuer gegen den Faschismus« – überschreibt der »Volkswille« seinen Bericht über die Auftaktkundgebung am 31.Januar 1932, an der annähernd 10.000 Menschen teilgenommen haben sollen.[36] Weitere Veranstaltungen in den einzelnen hannoverschen Stadtbezirken standen unter dem Motto: »Es kommt nicht – das Dritte Reich! An der Eisernen Front wird es zerschellen!« Den ausführlichen Berichten des »Volkswille« zufolge hatten diese Versammlungen massenhaft Zulauf.

Der Schwur auf die Republik: »Deutsche Republik, wir schwören, der letzte Tropfen Blut soll dir gehören«, bildete den Abschluß der Versammlungen. Dieses Pathos sollte auch emotional bei den Anhängern die Bereitschaft verankern und stabilisieren, entschlossen dem Nationalsozialismus entgegenzutreten.[37]

Als weiteres Mittel für die Mobilisierung der Republikaner wurde eine sogenannte Rüstwoche der »Eisernen Front« eingesetzt. In dreißig Einzeichnungslokalen lagen sogenannte »Eiserne Bücher« aus, in denen sich diejenigen eintragen konnten, die auch bereit waren, »wenn es notwendig würde, für die Republik einzutreten«.[38] Man wollte sich nicht nur mit anonymen Treuegelöbnissen begnügen, sondern es sollten auch persönliche Willensbekundungen und öffentliche Bekenntnisse mit einbezogen werden. Die »Eisernen Bücher« sollten später, falls erforderlich, in einer »Massenmobilisierung der Republik« zu »Stammrollen der Verteidigungsarmee der Volksrechte gegen den Faschismus werden«.[39] Nach Beendigung der Rüstwoche, die in Hannover noch um eine Woche verlängert wurde, hatten sich 61.221 Männer und Frauen in die Listen eingetragen.[40] Bezogen auf die Mitgliederzahlen aller Arbeiterorganisation war dies nur etwas mehr als die Hälfte.[41] Dennoch erklärte der »Volkswille« eupho-

[36] Volkswille, Nr. 27, 43. Jg. vom 2.2.1932.
[37] Vgl. P. Lampe; a.a.O., S. 32.
[38] Volkswille, Nr. 36, 43. Jg. vom 12.2.1932.
[39] Volkswille, Nr. 38, 43. Jg. vom 14.2.1932.
[40] Vgl. Volkswille, Nr. 52, 43. Jg. vom 2.3.1932.
[41] Vgl. P. Schulze; a.a.O.



»Theaterdirektor Hitler« – Agitationsmaterial der »Eisernen Front«

risch, daß dies eine »stattliche Armee« sei, die ausreiche, »den Nazis allen Mut zu Dummheiten zu nehmen.«[42] Jedoch war paradoxerweise die organisierte Stärke dieser »Armee« zugleich auch ihre Schwäche, denn diese Stärke förderte auch Illusionen und erzeugte noch bis Februar 1933 ein trügerisches Gefühl der Sicherheit gegenüber dem Nationalsozialismus.

Die Abwehraktionen gegen den Nationalsozialismus verstanden sich als massenhafte Aufklärungsarbeit, als die »geistigen Waffen« gegen »Revolver und Dolch«. Man glaubte, mit treffenden Argumenten die »Phraseure des Dritten Reiches« zerschlagen zu können.[43] Das Beharren auf dieser Art der Aufklärungsarbeit ging so gar so weit, daß man vereinzelte einzelne »militärische« Aktionen gegen die Nazis mißbilligte.[44] Die unbedingte Wahrung der Legalität war die oberste Prämisse bei allen Aktivitäten der »Eisernen Front«.

Zusammenfassend ergab sich etwa folgendes Bild: Die demokratisch orientierte Arbeiterbewegung in Hannover beschränkte sich im wesentlichen auf übliche politische Agitation mit den ständig wiederholten »eisernen« Parolen und Bekundungen der Bereitschaft zum Kampf gegen den Nationalsozialismus, den sie in Wort, Schrift und Bild verächtlich machte. Eine wirklich theoretisch fundierte Faschismusanalyse, eine praktisch umsetzbare und erfolgversprechende inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Nazi-Programm gab es nur rudimentär. Man erweckte bei den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten eher den Eindruck, die innenpolitische Szene würde sich durch Aufklärungskampagnen zu ihren Gunsten wandeln und die Nationalsozialisten sich totlaufen.[45] Spätestens bei den folgenden Wahlen wurde jedoch deutlich, daß diese Kampagnen bei den nicht in den Organisationen der Arbeiterschaft verbundenen Bevölkerungsteilen keine durchschlagende Wirkung gezeigt hatte.

3.6. Der erste planmäßige nationalsozialistische Überfall auf das Gewerkschaftshaus

Trotz der demonstrierten Wehrhaftigkeit der Arbeiterbewegung nahm in der Folgezeit der Terror der Nationalsozialisten gegen ihre Organisationen und ihren Einrichtungen massiv zu. Die Angriffe und Überfälle der Nazis konzentrierten sich immer mehr auf das Gewerkschaftshaus. Die »rote Mordzentrale« war den Nazis schon immer ein Dorn im Auge. Anfänglich wurden von vorbeilaufenden HJ'lern (Hitler-Jungen) und SA'lern mit Pflastersteinen die Fensterscheiben eingeworfen. Doch dies waren nur Vorgeplänkel für den ersten organisierten Überfall auf das Gewerkschaftshaus am 16. Juni 1932.

Der SA-Sturm 100, dessen Stammlokal »Kreuzklappe« sich in der Altstadt befand, überfiel das Gewerkschaftshaus, um ihr Mütchen zu kühlen. Nach einigen Handgreiflichkeiten gelang es den anwesenden Gästen des Restaurants, sich erfolgreich mit Stuhlbeinen gegen die mit Knüppel und Stahlruten bewaffneten Nationalsozialisten zur Wehr zu setzen. Aus Wut über die Niederlage zertrümmerten die SA'ler die beiden großen

---

[42] Volkswille, Nr. 26, 43. Jg. vom 31.1.1932.
[43] Vgl. P. Lampe; a.a.O., S. 34.
[44] So z.B. die direkten körperlichen Angriffe der »Jungen Front« gegen die Nationalsozialisten in Kleefeld.
[45] Vgl. P. Lampe; a.a.O., S. 37.

Scheiben des Restaurants. Als wenig später die alarmierte Polizei sowie Reichsbannereinheiten eintrafen, waren die SA'ler bereits verschwunden. Der folgende Augenzeugenbericht schildert eindrucksvoll den stattgefundenen Überfall:

»Wir waren eben vom Volksheim aus einer Versammlung gekommen und sahen ins Gewerkschaftshaus, um noch Bekannte zu treffen. Plötzlich war Geschrei vor dem Hause. Arbeiter, die vor der Tür gestanden hatten, wurden ins Restaurant gedrängt. Man rief auf der Straße: ›Straße frei, SA ran!‹ Im Eingang zum Restaurant stand ich dann mit anderen Männern zusammen, als Nationalsozialisten blind auf uns losschlugen. Sie drängten zur Tür hinein, und ehe wir richtig zur Besinnung kommen konnten, was eigentlich vor sich ging, schlugen die uniformierten SA-Leute den neben mir stehenden Männern mit Stöcken, Stahlruten und anderen Gegenständen, die ich bei dem schnellen Geschehen nicht erkennen konnte, ins Gesicht. Als die Nationalsozialisten nicht ins Haus kamen und mehrere Gäste mit Stühlen und Stuhlbeinen den Eingang verteidigten, wurden von den Nationalsozialisten die großen Spiegelglasscheiben von draußen eingeschlagen. Die Schlägerei stoppte, als plötzlich ein Pfiff ertönte und gerufen wurde: ›SA zurück, Altstadt!‹.«[46]

In der kommunistischen »Neue-Arbeiter-Zeitung« (NAZ) wurde darüber hinaus die Planmäßigkeit dieses Überfalls hervorgehoben:

»Gestern Nacht führte die hannoversche SA einen Großalarm durch. Überall traten Trupps auf, die in provokatorischer Weise in den verschiedensten Stadtteilen Zusammenstöße herbeizuführen versuchten. Gegen 11 Uhr abends wurde ein organisierter Angriff auf das Gewerkschaftshaus durchgeführt. 150 bis 200 SA-Leute versuchten, in das Gewerkschaftshaus einzudringen. Dabei wurden die beiden großen Fensterscheiben zertrümmert. Die wenigen im Hause anwesenden Arbeiter setzten sich zur Wehr und jagten die Banditen zurück. Die SA-Leute waren bewaffnet und gaben verschiedene Schüsse auf die Arbeiter ab. Ausgangspunkt dieses Überfalls auf das Gewerkschaftshaus war die SA-Kaserne ›Kreuzklappe‹. Hier kommandierte der Führer Georg Ritter. Aufgrund eines Signalpfiffes traten hier 40 SA-Leute unter dem Kommando ›Antreten!‹, ›Stillgestanden!‹ usw. an. Das war der Stoßtrupp für den Angriff auf das Gewerkschaftshaus. Es steht fest, daß das Gewerkschaftshaus planmäßig umstellt wurde und die SA-Trupps auf dem Friedhof (Nikolaifriedhof, d. Verf.) in Deckung gelegen haben.«[47]

Als Reaktion auf diesen Überfall wurde von den Angestellten des Gewerkschaftshauses eine »Hammerschaft« gebildet, die bei jedem Versuch, Einrichtungen der Arbeiterschaft zu zerstören, das Haus zu verteidigen hatte.[48]

---

[46] Volkswille, Nr. 141. 43. Jg. vom 18.6.1932.

[47] NAZ vom 19. 6.1932.

[48] Vgl. Rundschreiben betr. Hausschutz vom 17.6.1932 in: Nieders. Hauptstaatsarchiv; Sign. Nr. Hann. 310 II A2.

Mit solchen Aktionen der Demonstration der eigenen Stärke und Gewaltbereitschaft erzeugten die Nationalsozialisten ein Klima von Angst und Einschüchterung, in dem die NSDAP sich ausbreiten konnte. Denn die Erfahrung der permanenten existentiellen Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und die zunehmende Erfahrung jener Formen von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung erhöhten bei vielen Verzweifelten die Affinität, in der Gewalt selbst einen Ausweg aus der Misere zu sehen und den Naziparolen auf den Leim zu gehen.

3.7. Verstärkter Abwehrkampf gegen den nationalsozialistischen Terror

Im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 31.Juli 1932 erweiterten die Arbeiterorganisationen ihre traditionellen Propagandamittel durch neue psychologisch bestimmte Methoden, weil man erkannt hatte, daß die Mehrheit der Wähler weniger rational entscheidet und deshalb stärker gefühlsmäßig angesprochen werden müsse.[49] Freiheitsruf, Freiheitsgruß und Freiheitszeichen, mit denen die »Eisernen Front« zum »Angriff« übergegangen sei, müssten den Massen wieder verstärkt eingehämmert werden.[50] So wurde die Titelgestaltung des »Volkswille« seit dem 1. Juli 1932 durch den zusätzlichen Abdruck des Symbols der »Eisernen Front«, den drei Pfeilen ergänzt. Sie standen für »Aktivität, Disziplin, Einigkeit« und sollten auch die drei Hauptträger der »Eisernen Front« versinnbildlichen: Gewerkschaften, Reichsbanner und SPD.

Am 4. Juli 1932 wurde feierlich die Fahne der »Eisernen Front« (rote Fahne mit drei Pfeilen) auf dem Gewerkschaftshaus gehißt und eine Kundgebung abgehalten. Dort verkündete der Reichsbannerführer, Reichstagskandidat und Kampfleiter der »Eisernen Front«, Karl Raloff, daß man auf die Provokationen der Nationalsozialisten in Linden mit einem Massenaufmarsch des Reichsbanners und der »Jungen Front« antworten wolle.[51]

Die drei Pfeile sollten von nun an das Straßenbild beherrschen und dem Abwehrwillen der Bevölkerung gegen den »Nazi-Mob« Ausdruck verleihen. Der Kampf der Arbeiter gegen den Naziterror beschränkte sich nicht nur auf Demonstrationen oder Kundgebungen. Zwar lehnte ein Großteil der Funktionäre der »Eisernen Front« körperliche Auseinandersetzungen mit den Nazis ab, weil man sich nicht auf deren Ebene begeben wollte. Daß aber der wachsende Naziterror auch andere Mittel zur Abwehr erforderlich machte, zeigt das Beispiel der Lindener Arbeiter aus dem Jahre 1932, das Fritz R. wie folgt schildert:

»Die Nationalsozialisten wollten immer Linden-Nord erobern, aber vor ‘33 kamen sie nicht herein. Wenn sie mal kamen, waren sofort alle am Küchengarten, denn sie mußten ja über die Ihme-Brücke, oder sie versuchten es über den Köthnerholzweg. (…) An der Fössestraße mußten sie ja über die Brücke in die Nieschlagstraße und da standen sie dann meistens und trauten sich nicht weiter. Wir standen dann immer an der Ecke Köthnerholzweg/Victoriastraße. Die Nazis warteten dann immer,

[49] Vgl. Artikel von Karl Mierendorf: »Heran an die politisch Inaktiven« in: Volkswille; Nr. 165, 43. Jg. vom 16.7.1932.
[50] Vgl. P. Lampe; a.a.O., S. 53.
[51] Vgl. Volkswille; Nr. 165, 43. Jg. vom 6.7.1932.

bis die Polizei mit ihren ›Flitzern‹ (achtsitzige Polizeiwagen) kamen. Die Polizisten waren natürlich verärgert, weil sie wegen so einem Kram kommen mußten. Einmal hatten wir einen Plan ausgeheckt, eigentlich war es gar kein Plan, denn es ging so schnell.

Der Polizeiwagen kam an, fuhr vorweg als Schutz für die Nazis. Nun ist der »Flitzer« nicht in den Köthnerholzweg, sondern in die Victoriastraße eingebogen. Wir vorne weg. Einige liefen vor und ruck zuck die Laternen – es war ja Gaslicht – ausgezogen und die Victoriastraße war dunkel und die Nazis haben von uns eine Wucht gekriegt. Der Polizeiwagen fuhr schnell zur Limmerstraße und war weg. Dies war eine Gelegenheit; auch das Reichsbanner war dabei, aber in zivil, nicht in Uniform. Dann kam der Wagen rumgefahren, Fortunastraße, Fössestraße und mit aufgeblendeten Scheinwerfern in die Victoriastraße, aber da war von uns nichts mehr zu sehen, denn wir kannten uns ja aus und sind über die Höfe verschwunden.

Aber, das kam alles aus einer anderen Sache raus (…). Mein Vater gehörte dem Reichsbanner an und die Reichsbanner-Leute waren damals bereit, die Republik zu schützen, aber es kam kein Befehl. Der einzige Befehl der kam: Stille halten, Ruhe und Besonnenheit wahren…«

»Ruhe und Besonnenheit« in der Auseinandersetzung mit den Nazis war die offizielle Parole der Partei- und Gewerkschaftsführung. Diese politische Haltung stand oftmals im Widerspruch zu den Vorstellungen der Mitglieder. Käthe B. verdeutlicht dies an einem Beispiel:

»Ich saß noch im SPD-Büro als Angestellte und da kam ein Reichsbannermann und sagte zum Vorsitzenden der Partei, S. Schaffner: ›Genosse Schaffner, sie schlagen unsere Leute auf der Straße tot, wir müssen etwas tun‹, und ich natürlich, in meiner Jugend begeistert, daß einer kommt und das fordert. Der kam immer wieder alle paar Tage. Und dann hat Schaffner gesagt: ›Ruhe und Besonnenheit.‹ … (etwa ein halbes Jahr später wurde der Reichsbanner-Mann in SA-Uniform gesehen, d. Verf.)«

Nummer 141 — 43. Jahrgang **1. Beilage zum Volkswillen.**

Überfall auf das Gewerkschaftshaus

Nationalsozialistische Schlägerkolonne zertrümmert Fensterscheiben.

Hannover, den 17. Juni 1932.

Ein vorbereiteter Überfall wurde am Donnerstagabend um 22.45 Uhr durch nationalsozialistische Trupps auf das hannoversche Gewerkschaftshaus ausgeführt. Die Nationalsozialisten kamen in großen, geschlossenen Gruppen von der Nordmannstraße, aus der Münzstraße usw. Auf das Kommando „SA. vor" stürzte ein Teil der Meute auf das Gewerkschaftshaus und versuchte, in die Restaurationsräume einzudringen. Dabei wurde auch geschossen. Im Restaurant anwesende Gäste und Parteigenossen verteidigten aber kurz entschlossen den Eingang und brachten die Angreifer schon in der Tür zum Stehen. Auf der Straße befanden sich auch Kraftfahrzeuge, die von den Nationalsozialisten mitgebracht waren: ein Wagen und ein Motorrad. Offenbar wurde von dem Wagen der Überfall geleitet. Die Nationalsozialisten waren mit Knüppeln und Stahlruten bewaffnet und zertrümmerten, als sie den Mißerfolg ihres Überfalles erkannten, in sinnloser Wut die beiden großen Fensterscheiben des Restaurants. Nach einer kurzen Schlägerei, die nicht länger als drei Minuten dauerte, und bei der die Gäste des Restaurants sich tapfer mit Stuhlbeinen gegen die große Übermacht verteidigten, verschwanden die Helden des Dritten Reiches, wie sie gekommen waren. Der feige Überfall hätte sonst noch schwerwiegende Folgen für das Gesindel haben können. Als aber die inzwischen alarmierte Polizei erschien und Reichsbannerleute in größerer Zahl hinzukamen, waren die Nationalsozialisten nach dem Haus der Väter und ins Hochhaus geflüchtet. Teilweise standen sie auch noch versteckt hinter den Mauern des Nikolai-Friedhofes. Wie von der Polizei festgestellt wurde, befanden Nationalsozialisten den Nikolai-Friedhof. Ein Zeitungswagen des Nazi-Lügenblattes kam nach dem Überfall aus der Richtung Weidendamm und spionierte vor dem Gewerkschaftshaus, dann wendete es zur Badeanstalt und fuhr in die Jafobstraße.

Die Führer der demokratischen Arbeiterorganisationen wollten auf keinen Fall den Boden der Legalität verlassen, obwohl die Feinde der Demokratie auf vielen Ebenen bis hin zur offenen Gewalt tagtäglich ihr den Kampf ansagten. Damit drohten aber die Parolen, die Massen der »Eisernen Front« als aktives Widerstandspotential in den Machtkampf zu werfen, zu leeren Worten zu verkommen. Die politische Antwort der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führung auf den Staatsstreich von Papens am 20.7.1932 gegen die letzte sozialdemokratische Bastion im Reich, nämlich Preußen, machte das Dilemma überaus deutlich.[52] Während viele Mitglieder auf ein Zeichen zum aktiven Widerstand warteten, zauderten die Führungsgremien der SPD und des ADGB erneut und blieben auf dem Boden der Legalität. Sie bemühten die Justiz.

In Hannover, wie auch in anderen Städten, erzeugte der Staatsstreich in den Reihen der Arbeiterschaft große Erregung. Teile des Funktionärskörpers von Partei und Gewerkschaften sahen den Zeitpunkt gekommen, mit dem oft proklamierten Widerstand zu beginnen. Gruppen der »Eisernen Front« sollen im Bereitschaftszustand gestanden haben. Tatsächlich aber kam es zu keinen größeren Aktionen, da die örtlichen Führer davor gewarnt hatten, vereinzelt zurückzuschlagen. Man verwies vielmehr darauf, daß am Abend ein großer Appell der »Eisernen Front« im Lindener Stadion stattfinden würde, auf dem das Zeichen zum aktiven Widerstand gegeben würde. Jedoch das Signal blieb aus und alles lief weiter wie bisher.

Schon zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis der Arbeiterschaft zur preußischen Polizei schlecht. Dies lag unter anderem an der zunehmenden Parteinahme für die Nationalsozialisten bei den Auseinandersetzungen sowie an der ergebnislosen Waffensuche[53] im Gewerkschaftshaus am 19.7.1932, die aufgrund eines angeblichen Schusses aus dem Gewerkschaftshaus auf einen vorbeigehenden SA-Mann stattgefunden hatte.

Die Toleranz des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Barth gegenüber den Nationalsozialisten ging vielen Republikanern zu weit.[54] Auch die im »Volkswille« erschienenen Berichte über den »Naziterror« kritisierten die Haltung der hannoverschen Polizei bzw. deren Präsidenten. Ihm werden u.a. vorgeworfen, er unternehme nichts gegen die »Nazi-Strolche«, die Arbeiter zusammenschlagen würden. Auch ließe er es zu, daß die Polizei bei Demonstrationen bzw. Kundgebungen mehr die Nationalsozialisten schützen würde, als seine eigenen Parteigenossen vor Nazi-Überfällen.

Dennoch verließ der Kampf der organisierten Arbeitnehmerschaft nicht die parlamentarische Ebene. Die Masse der Arbeiter war den Stillhalteparolen gefolgt und setzte ihre Hoffnung in die letzte Phase des Wahlkampfes für den 31.7.1932 auf einen Wahlsieg, der dem Faschismus die

---

[52] Die geschäftsführende preußische Regierung Braun-Severing wurde durch von Papen aufgrund der Notverordnung Artikel 48 abgesetzt, weil angeblich die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet war.

[53] Vgl. Volkswille; Nr. 167, 43. Jg. vom 20.7.1932.

[54] Vgl. u.a. Schreiben von J. Lau an den Polizeipräsidenten Barth vom 11.2.1932 in: Nieders. Hauptstaatsarchiv, Sign. Nr. Hann. 310 II B 37.

endgültige Niederlage bereiten sollte. Die prophezeite Abrechnung blieb jedoch aus. Zwar hatten die Nationalsozialisten keine regierungsfähige Mehrheit bekommen, errangen aber ihren bisher größten Wahlerfolg und lösten die SPD als stärkste Fraktion im Reichstag ab. Aus den immer wieder erfolgten Ermahnungen, die Aktivitäten der »Eisernen Front« nicht erlahmen zu lassen, läßt sich indirekt schließen, daß sich in den Reihen der SPD und des ADGB eine gewisse Stimmung der Resignation breit machte. Dem Terror der SA wurde immer wieder die Parole: »Ruhe und Besonnenheit« entgegengesetzt. Bei den Novemberwahlen 1932 hatte die SPD erneut eine Niederlage erlitten, aber die gleichzeitigen Wahlverluste der NSDAP ließen auch in Hannover die Hoffnung aufkeimen, daß die Faschisten sich »totlaufen« und das »Hitlertum« in zehn Jahren ein »Märchen aus alter Zeit« sein würde.[55] Die internen Auseinandersetzungen in der NSDAP nach den Novemberwahlen schürten darüber hinaus die Hoffnung auf deren Spaltung und verstärkte Opposition gegenüber den Nazis.

Vom November 1932 bis Januar 1933 organisierten SPD und Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus verstärkt Aufklärungsveranstaltungen über den Charakter des Nationalsozialismus. So fand u.a. eine Veranstaltung mit italienischen Sozialisten statt, die über ihre Erfahrungen mit dem Faschismus berichteten. Diese u.ä. Veranstaltungen waren bescheidene Versuche, der sich ausbreitenden Resignation der eigenen Mitglieder angesichts der fatalen politischen Situation entgegenzuwirken und gegenüber dem vermeintlichen Niedergang der NSDAP wieder die politische Initiative zu ergreifen. Diese Veranstaltungsreihen kamen jedoch zu spät, um bei der raschen Entwicklung der politischen Verhältnisse noch eine Wirkung erzielen zu können. Mit der Einsetzung des Kabinetts aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen am 30.1.1933 war unter diesen Voraussetzungen die Illegalisisierung und endgültige Zerstörung von Gewerkschaften der Sozialdemokratie kaum noch aufzuhalten.[56]

3.8. Die Nationalsozialisten in der Regierungsverantwortung und die Folgen für die Arbeiterbewegung.

Wenige Tage vor dem 30. Januar 1933 hatte Willi Henkel den SPD-Reichstagsabgeordneten R. Partzsch in der Straßenbahn getroffen: »Er sagte zu mir, Willi, das Dritte Reich steht vor der Tür. Da steht es gut!«. Diese Aussage macht exemplarisch deutlich, wie sehr die Führer der SPD die nationalsozialistische Bewegung unterschätzten. Das bedeutet freilich nicht, daß Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht bereit waren, der neueingesetzten Regierung ihren Widerstand entgegenzusetzen. So schildert der damalige Redakteur des »Volkswille«, Arno Scholz, als er am Tag der »Machtergreifung« von der Redaktion nach Kleefeld ging und in den Kneipen demoralisierte Reichsbannerleute fand, »weil man sie nicht gerufen hatte, um Hitler zu verhindern.«[57]

Solche Reaktionen von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten bestätigen, daß für die Mehrheit der organisierten Arbeiter die Nachricht von

---

[55] Vgl. Rudolf Breitscheid in einer Rede auf einer Landesversammlung der SPD-Württemberg am 20.3.1932 in Stuttgart, abgedruckt als Broschüre unter dem Titel: »Schafft Arbeit«.
[56] Vgl. P. Schulze; a.a.O., S. 6.34.
[57] Vgl. HAZ vom 29./30.1.1983: »Durch die Straßen der Stadt zog ein Fackelzug des Sieges«.

Nach dem Überfall auf das Gewerkschaftshaus wird die rote Fahne heruntergeholt und die Hakenkreuzfahne gehißt.

der Einsetzung Hitlers als Reichskanzler wie ein Schock wirkte und Unsicherheit auslöste.

Am 31. Januar 1933 wurde auch in Hannover der Tag der »Machtübernahme« durch die Nationalsozialisten mit einem »Fackelzug des Sieges« gefeiert. Ca. 10.000 Menschen sollen dabei gewesen sein. An diesem Abend gehörten Hannovers Straßen den Nationalsozialisten. Anderentags erschien die nationalsozialistische »Niedersächsische Tageszeitung« mit der jubilierenden Überschrift, daß das »marxistische Gesindel« sich an diesem Tag im Gewerkschaftshaus verkrochen habe.

Die Antwort der »Eisernen Front« auf dieses Spektakel war eine Kundgebung am 5. Februar 1933 mit ebenfalls etwa 10.000 Teilnehmern auf dem Klagesmarkt. Diese Kundgebung sollte die »Macht und die Geschlossenheit der hannoverschen Arbeiterschaft« gegen die neue Regierung aufzeigen. An den folgenden Tagen fanden im Volksheim und in den verschiedenen Stadtteilen weitere Veranstaltungen statt, die zur Mobilisierung aller Kräfte gegen den Nationalsozialismus und zur Reichstagswahl am 5.März aufriefen. Man wollte selbst zu diesem Zeitpunkt noch legal durch Wahlen die politische Wende erreichen.

3.9. Die letzten Wahlen der Republik – Einheitsfront gegen den Faschismus?

Mit der »Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes« vom 4.2.1933, drei Tage nach der Reichstagsauflösung, wurden die rechtlichen Grundlagen für einen fairen demokratischen Wahlkampf aufgehoben. Eine freie politische Betätigung insbesondere der Arbeiterparteien war erheblich eingeschränkt. Willkürliche Verbote und Auflösungen von öffentlichen Wahlversammlungen ebenso wie die Beschlagnahme von Druckschriften waren an der Tagesordnung. In Preußen kamen durch Innenminister Göring noch weitere Maßnahmen hinzu, wie die Bewaffnung der SA, der »Schießerlaß« – die Polizei konnte rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch machen – und ihr Einsatz als »Hilfspolizei«, um dem »Treiben staatsfeindlicher Organisationen« Einhalt zu bieten.[58] Außerdem wurde unmittelbar nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« erlassen, die terroristische Maßnahmen »zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte« legalisierte. Mit dieser Verordnung wurden die persönlichen Freiheitsrechte faktisch außer Kraft gesetzt und damit die verfassungsmäßige Ordnung endgültig beseitigt. Darüberhinaus hatte die Politik der Gleichschaltung auch die kommunale Selbstverwaltung erreicht, denn mit der Auflösung der Gemeindevertretungen in Preußen hatte die SPD die letzte Möglichkeit zur institutionellen Einwirkung auf das politische Geschehen verloren. Die letzte Hoffnung, daß sich durch die Reichstagswahlen am 5.3. und die Gemeindewahlen am 12.3. die Situation ändern würde, erwies sich für die SPD faktisch als eine Art »Selbstbetrug«.

Ein weiteres Hemmnis für die entschlossene Handlungsfähigkeit der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus war ihre Zersplitterung. Verhandlungen zwischen den Organisationsleitungen in Hannover mit dem Ziel einer Einigung der Arbeiterbewegung gab es zwar schon im

[58] Vgl. P. Schulze; a.a.O., S. 6.36.

Jahre 1932. Jedoch scheiterten diese Verhandlungen jedesmal an dem Festhalten an eigenen politischen Positionen. Karl N. erinnert sich an eine Verhandlung zwischen Gewerkschaften, SPD und KPD 1932 im Gewerkschaftshaus:

»Ich war ja damals an den Verhandlungen nicht beteiligt. Aber ich weiß, da ich jeden Tag im Gewerkschaftshaus gewesen bin und zwar hinten im Keller in der Odeonstraße, als plötzlich Sekretäre in den Keller kamen, normalerweise verkehrten die Sekretäre im Gewerkschaftshausrestaurant. Wir anderen gingen dahinten in den Keller, weil es da billiger war. Und da kam dann – es war im Laufe des Jahres '32 – kamen die dann in den Keller (…) einer der Sekretäre (…) aus welcher Gruppe der war, das weiß ich nicht mehr genau. Der sagte: ›Wir haben heute mit der KPD verhandelt, die wollten nicht, die wollten das nicht so mitmachen wie wir das wollten und wir wollten das nicht so wie die das wollten. Wir haben uns nicht geeinigt.‹ (…) die Fronten waren sehr verhärtet, denn (…) die Formulierung von der KPD: ›Ihr Sozialfaschisten‹, das ist doch an die Nieren gegangen.«

Wie 1932, war es selbst in der veränderten Situation nach dem Regierungseintritt von Hitler und den darauffolgenden Repressalien den Arbeiterorganisationen nicht möglich, ihre politische Kluft zu überbrücken und den Feind gemeinsam zu bekämpfen.

Die Verbote der sozialdemokratischen bzw. kommunistischen Zeitungen häuften sich. Am 17.2.1933 wurde zum ersten Mal das Erscheinen des »Volkswille« und der »NAZ« auf eine Dauer von 5 Tagen verhindert. Diesem Verbot folgte die Beschlagnahmung der Wahlzeitung des SPD-Ortsvereins Hannover mit dem Titel »Signal«; sogar die Druckplatten hatte die Polizei zerstört. Neben den Verboten von Publikationen der SPD und KPD wurden in der letzten Woche vor der Reichstagswahl

Die SS-Formation in der Nikolaistraße in Richtung Gewerkschaftshaus.

(5.3.1933) auch Redeverbote für sozialdemokratische Spitzenfunktionäre erlassen. R. Partzsch wird am 1.3.1933 vom neuen, seit dem 17.2. amtierenden Polizeipräsidenten von Hannover, dem SA-Führer Lutze durch Verbot daran gehindert, auf einer Kundgebung der »Eisernen Front« zu sprechen oder auch nur an ihr teilzunehmen.

So wurde ständig die Wahlkampfarbeit der Arbeiterparteien durch Ordnungsbehörden, Polizeiwillkür und den Terror der SA und SS-Horden behindert. Die Provokationen von Nationalsozialisten während der Kundgebungen wurden mehr von Reichsbannerleuten als von der Polizei unterbunden. Der Höhepunkt der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten war der bewaffnete Überfall einer SA-Gruppe auf eine Reichsbannerformation am Lister Turm (21.2.), bei der zwei Reichsbannerleute erschossen und siebzehn verletzt wurden. Die Reichsbannerformation war als Saalschutz für die SPD-Veranstaltung angefordert worden. Bei ihrem Eintreffen am Lister Turm wurde sie blindlings von dort wartenden Nationalsozialisten beschossen. Die Polizei sah tatenlos zu, ließ die SA ungehindert abziehen und durchsuchte stattdessen die Reichsbannerleute nach Waffen.

Die Trauerfeier und -kundgebung für die ermordeten Reichsbannerleute am 26.2. war die letzte große Massenkundgebung unter der Parole: »Hannover bleibt rot«, über die der »Volkswille« am 28.2. berichten konnte, bevor die Zeitung zusammen mit anderen sozialdemokratischen Blättern in Preußen nach dem Reichstagsbrand vom 28.Februar an für 4 Wochen verboten wurde.[59] Die kommunistische »NAZ« wurde von diesem Tag an auf unbestimmte Zeit verboten.

---

[59] **Vgl. P. Schulze; a.a.O., S. 6.40.**

Massenansammlung aus diesem Anlaß, gesehen vom Eingang Hallenbad Goseriede in Richtung ehemalige Nordmannstraße

Nach diesem Überfall versuchten die Arbeiterparteien, zu einem Aktionsbündnis zu kommen. Kurz vor der totalen Verfolgung der KPD nach dem Reichstagsbrand ist es in Hannover sowie in anderen Städten zu Kontakten zwischen den Arbeiterorganisationen gekommen. Die ersten Verhandlungen in Hannover fanden am 23. und 24.2. im Gewerkschaftshaus in einer mit voller Sachlichkeit verlaufenden Atmosphäre statt. Die weitergehenden Verhandlungen konnten jedoch kein fruchtbares Ende finden, da sofort nach dem Reichstagsbrand 140 kommunistische Funktionäre in Haft genommen wurden.[60]

3.10. März 1933: Die Überfälle auf das Gewerkschaftshaus häufen sich

Am Abend nach dem Reichstagsbrand wurde erneut eine polizeiliche Durchsuchung des Gewerkschaftshauses vorgenommen, bei der Wahlkampfmaterialien beschlagnahmt wurden. Man erhoffte sich vergeblich belastende Unterlagen und Waffenfunde, um so einen Vorwand zu haben für ein wirkungsvolleres Vorgehen gegen SPD und Gewerkschaften. Später wurde gegen 7 Gewerkschaftsfunktionäre ein Verfahren wegen Waffenbesitzes eingeleitet. Die Waffen bestanden aus einer Pistole, Gummiknüppeln, Eisenstangen und einem Militärseitengewehr.[61]

Eine Woche später, am 6.3., wurde im Gewerkschaftshaus eine angebliche Funktionärsversammlung der »Eisernen Front« im großen Saal des Volksheimes von Polizei und SA aufgelöst.[62] Für die meisten der etwa 2.000 Teilnehmer war dies ein markantes Erlebnis. Die polizeiliche Maßnahme gegen eine friedliche Veranstaltung war ihnen bisher nur vom Hörensagen bekannt, aus der Zeit der Sozialistengesetzgebung. Auch für Frieda W. war diese Auflösung eine bisher noch nicht erlebte Situation:

»Als markantestes Erlebnis aus dieser Zeit möchte ich wohl bezeichnen, einmal die Auflösung des Arbeitersportkartells, wo alles beschlagnahmt wurde und eine große Versammlung noch mal im Volksheim, wo dann die Polizei aufkreuzte, die Versammlung schloß und die SA die Eingänge besetzte, allerdings uns auch ruhig rausgehen ließ, und ich hab, das Bild vergesse ich nie, daß wir dann geschlossen mit einem Lied auf den Lippen rausgegangen sind. (…) Also, das muß im März '33 gewesen sein, also das ist das Markanteste, was ich aus dieser Zeit persönlich miterlebt habe, daß diese ganze Geschichte sich da auflöste unter Polizeigewalt…«

Nach den Wahlsiegen der Nationalsozialisten auf Reichs- und Kommunalebene häuften sich die Überfälle auf das Gewerkschaftshaus. An diesen Aktionen waren auch auswärtige SA-Leute (aus Braunschweig) beteiligt, wie z.B. bei einem Überfallversuch einer Braunschweiger NSKK-Staffel (Nationalsozialistisches-Kraftfahrer-Korps) Mitte März. Karl L., der an dem Abend mit seinem »Jungbanner« zum Schutz des Hauses eingeteilt war, erinnert sich:

---

[60] A.a.O., S. 6.4.1.

[61] Vgl. H. Obenhaus; Die Märzwahlen 1933 in Hannover: Terror und Gegenwehr, Jubel und Resignation in: Ausstellungskatalog Hannover 1933, S. 59.

[62] Vgl. Nieders. Hauptstaatsarchiv. Sign. Nr. Hann. 80 II 723.

»Gegen ½ 1 nachts kamen die dann angefahren und wollten stürmen und da haben wir dann – da wir nicht bewaffnet waren – uns die Sportkeulen genommen und in den Gang gestellt (gemeint ist der Durchgang von der Odeonstraße in den Hof des Gewerkschaftshauses, d. Verf.) und haben sie dann zurückgeschlagen, wie sie rein wollten. Das war aber nur ein kurzer Moment, danach war es die ganze Nacht ruhig, und morgens sind wir dann wieder abgezogen und die Schufo [= Schutzformation des Reichsbanner] hat die Wache übernommen.«

Wieso es schließlich trotz der kontinuierlichen Bewachung der verschiedenen Eingänge des Gewerkschaftshauses dennoch zur Besetzung am 1. April kommen konnte, schildert Karl L. folgendermaßen:

»Durch die Bewachung des Gewerkschaftshauses durch die Reichsbanner-Leute kam nur jemand in das Haus Nikolaistraße oder Odeonstraße rein, der sein Verbandsbuch vorzeigen oder Mitglied der SPD war, oder Mitglied einer der Organisationen, die da zu Hause waren. (…) Da ist dann folgendes passiert. Der damalige (… leitende Funktionär) des ADGB hieß Bock. Der Bock kommt eines Tages und will ins Gewerkschaftshaus und da haben die gesagt, die kannten ja auch nicht jeden, da haben die gesagt: ›Zeig mal dein Verbandsbuch.‹ ›Ich bin Bock vom ADGB.‹ ›Ja, das kann jeder sagen.‹ Dann ist Bock abgezogen, hat sein Buch geholt und hat anschließend Alfred Jahn, das war damals der Führer des Reichsbanners wohl, der saß auch im Gewerkschaftshaus, die saßen in der Odeonstraße, hat den Jahn geholt und gesagt: ›Ihr kriegt den Auftrag, die Wachen abzuziehen. Es gibt in Zukunft keinerlei Wachen mehr hier. Ich will das nicht mehr haben, daß das Gewerkschaftshaus bewacht wird, daß man mit solchen Schwierigkeiten rechnen muß, daß ich als Vorsitzender des ADGB hier nicht ohne meinen Ausweis reinkomme.‹ Dann hat Jahn das Reichsbanner antreten lassen und hat denen – also das ist jetzt passiert – und dann haben die gesagt: ›Wir machen da nicht mit, wir bewachen das Gewerkschaftshaus nach wie vor weiter.‹ Dann hat es zu Verhandlungen geführt, dann hat man einen Kompromiß geschlossen und zwar, in das Restaurant, das da vorn in der Nikolaistraße war, da konnte man ohne Ausweis hineingehen. Alle anderen Eingänge waren praktisch besetzt. Und das war das (der freie Zugang zum Restaurant, d. Verf.) was sich die Nazis zu Nutze gemacht haben.«

Neben den Überfällen auf das Gewerkschaftshaus waren auch weitere Gebäude, in denen sich die organisierte Arbeiterschaft traf, Ziele der nationalsozialistischen Übergriffe. So wurden beispielsweise am 16.3.1933 im städtischen Jugendheim »Bella Vista« die Räume des freigewerkschaftlichen Jugendkartells von der Hitler-Jugend besetzt, Schränke aufgebrochen und die darin liegenden Wertsachen entwendet. Derartige nationalsozialistische Terror-Überfälle fanden fast täglich statt und bestimmten zusehends das Alltagsgeschehen auch in Hannover.

Mit den Besetzungen der Gewerkschaftshäuser und der Beschlagnahme ihres Vermögens war es am Ende den Nationalsozialisten gelungen, jene Zentren zu zerstören, aus denen heraus sich ein möglicher einheitlicher gewerkschaftlicher Widerstand hätte entwickeln können.

4. Die Erstürmung des Gewerkschaftshauses am 1.April 1933 und das Ende der freigewerkschaftlichen Bewegung in Hannover

Nach etlichen vergeblichen Versuchen wurde das Gewerkschaftshaus in Hannover am 1.4.1933 – dem Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte in ganz Deutschland – von den Nationalsozialisten gestürmt und besetzt. Unter dem Vorwand, vom Restaurant des Gewerkschaftshauses hätte jemand mit einer großkalibrigen Pistole in Richtung eines herannahenden SS-Zuges geschossen, stürmten die SS-Leute das Restaurant des Gewerkschaftshauses und anschließend den gesamten Gebäudekomplex.[63] Die angeblich 60 Reichsbannerleute, so die »NTZ« am folgenden Tag, leisteten keinen Widerstand. Den Lesern dieser Zeitung wurde verschwiegen, daß gleichzeitig mit der Erstürmung von der Nikolaistraße auch die SS von der Odeonstraße her in die Gebäude eindrang. Daß dieser Überfall geplant, und nicht wie nachher berichtet wurde, zufällig stattgefunden habe, geht aus den Schilderungen von Käthe O. hervor, die damals 15-jährige wohnte mit ihren Eltern in der Odeonstraße oberhalb der Herberge. »Etwa eine halbe Stunde vor dem Überfall sollen drei Polizeibeamte zu ihnen gekommen sein und den dort Anwesenden erzählt haben, daß die SS gleich das Gewerkschaftshaus überfallen wolle«. Die in diesem Gebäudeteil anwesenden sechs Reichsbannerleute verschwanden daraufhin, weil sie ein Blutvergießen verhindern wollten.

Schon am Abend vorher konnte Käthe O. rege Aktivitäten von Nationalsozialisten auf der Odeonstraße beobachten:

»Am 31.3. abends gegen 10.00 Uhr haben die Nazis große Kisten bei dem gegenüberliegenden ›Labor Timm‹ in der Odeonstraße von einem großen LKW mit Anhänger abgeladen. Am anderen Morgen sagte mein Onkel zu mir: ›Guck mal, die Braunen holen sich da die Waffen raus.‹ Später hieß es dann, bei uns hätten sie Waffen gefunden, das war gar nicht wahr, denn sie waren von gegenüber gekommen. Am 1.4. um 9.45 Uhr sind die Nazis gestürmt gekommen, über die Mauer und von überall her, und haben herumgeballert wie verrückt. Alle im Gewerkschaftshaus Anwesenden haben sich vom Hof verdrückt und sind in die Räume geflüchtet.«

Karl N. bestätigt durch ein Erlebnis in einer Stehbierhalle in der Nähe des Gewerkschaftshauses die Planmäßigkeit des Überfalls:

»Nach Feierabend stellte ich mein Fahrzeug bei der Autofirma ›Rudhart‹ am Klagesmarkt ab und ging in das danebenliegende Hotel ›Kriegerheim‹, in dem sich eine kleine Stehbierhalle befand. Der Wirt Emil Wollenhaupt, ein noch junger Schauspieler, der politisch eindeutig auf unserer Seite stand, gab mir ein heimliches Zeichen beim Betreten des Lokals, weil ein uniformierter SA-Mann sich ebenfalls dort aufhielt. Dieser SA-Mann

---

[63] Vgl. Polizeibericht von der Gewerkschaftshausbesetzung, in: Nieders. Hauptstaatsarchiv. Sign. Nr. Hann. 80 II Nr. 751 Bl. 1443.

berichtete mit großer Renommiersucht über das von ihm so bezeichnete ›Bonzenkloster‹ – gemeint war das Gewerkschaftshaus. Danach war ein Sturm der SA in der Herrenhäuser Allee angetreten (zu diesem Sturm gehörte er auch) und es sei der Befehl ausgegeben, das Gewerkschaftshaus und alle dazugehörigen Räume zu besetzen. Zur Ausführung dieses Plans hätte ein Trupp SS-Leute vorher die Hauseingänge in der Odeonstraße besetzt; diese waren schwer bewaffnet.

Als der SA-Sturm am Gewerkschaftshaus vorbeigezogen sei, wären plötzlich aus dem Restaurant des Gewerkschaftshauses Schüsse zu hören gewesen. Der SA-Mann erzählte weiter, daß diese von ihnen (den Nazis) bestellten Schüsse das verabredete Signal zum Sturm auf das Gewerkschaftshaus gewesen seien.«

Nachdem die SS im Gebäude war, wurde das Personal nach Waffen durchsucht. Dabei wurden von der SS laut Polizeiprotokoll folgenden Waffen gefunden: 1 Gewehr, 3 Trommelrevolver, 4 Eierhandgranaten, 3 Luftgewehre, 1 Karabinerlauf, 1 Vorrichtung zum Abfeuern von Betäubungspatronen, 1 Dolch und 30 verschiedene Schlagwerkzeuge.[64]

In einem reißerisch aufgemachten Artikel der »NTZ« wurde daraus ein ganzes Waffenarsenal, nämlich: »18 Gewehre, 23 Pistolen, Eierhandgranaten…«[65] Die bürgerliche Presse in Hannover, u.a. der »Hannoversche Anzeiger«, ging lediglich mit einer 12-Zeilen-Notiz auf die Gewerkschaftshausbesetzung ein, ohne dabei eine politische Wertung dieser Vorgänge zu geben.

---

[64] Ebenda.

[65] NTZ vom 5.4.1933, Artikel: »Wie wir die roten Hochburgen besetzten«.

Nach der Verbrennung der roten Fahne wird nun auch noch die schwarz-rot-goldene Flagge der Republik verbrannt.

Bei der Erstürmung des Gewerkschaftshauses wurde der Herbergsvater Alfred Lübbecke von der SS angeschossen. Zunächst glaubte die SS, Lübbecke sei einer von ihnen und er wurde in das Nordstadt-Krankenhaus gebracht. Auch im Krankenhaus war er vor den Nationalsozialisten nicht sicher. Seine spätere Frau erinnert sich an die Krankenhaussituation:

»Mein Mann wäre nicht behandelt worden, wenn sie gewußt hätten, daß er Sozialdemokrat ist. Er hatte eine Heidenangst, wenn einer reinkam. Nachher, wie er raus kam, hatte ein Pfleger ihm gesagt, wenn wir das gewußt hätten, dann wären Sie nicht behandelt worden, wir dachten, Sie wären ein SA-Mann.«

Das Auftreten der SS im Gewerkschaftshaus war furchterregend. Die hier begonnenen Exzesse sollten später zum Bestandteil des nationalsozialistischen Terrorsystems werden. Sie schossen die ganze Zeit über in die Luft und terrorisierten die Bewohner sowie die anwesenden Funktionäre und Angestellten. Alle wurden auf dem Innenhof des Gewerkschaftshauses zusammengetrieben. Käthe O. beschreibt die Situation auf dem Hof:

»Wir haben dann alle auf dem Hof gestanden, da war H. Lau, Alfred Jahn, Kurt Partzsch sein Vater, August Sander und Scheinhardt und die wurden von der SS mächtig geprügelt, daß wir anderen vor Angst schrien. Wir durften aber nicht eingreifen, denn sonst hätten die dazwischen geballert. Die Männer wurden dann buchstäblich in die Wagen reingeschmissen und sind dann weggefahren. Mit Ausnahme von Frau Scheinhardt durften alle Frauen ihre Männer noch einmal sprechen. Frau Scheinhardt konnte ihren Mann überhaupt nicht mehr sprechen, er war weg und blieb weg. Nachher hieß es dann: Auf der Flucht erschossen.«

Elsa H., die sich ebenfalls im Innenhof befand, hat noch miterlebt, wie die Männer aufgefordert wurden, sich mit erhobenem rechten Arm den anwesenden Fotografen für ein Bild zur Verfügung zu stellen, um die »friedliche Übergabe« zu dokumentieren, bevor sie dann in die Lastwagen, welche aus Braunschweig kamen, »reingeschmissen« wurden.

Käthe O. und die anderen Personen, die noch nach der Besetzung im Gebäudekomplex – bis Mitte Mai 1933 – weiter wohnen konnten, mußten noch am selben Tag zu einem Fotografen in der Nordmannpassage und sich Bilder machen lassen für eine Art Passierschein. Die Angestellten und Arbeiter, die sich im Gebäudekomplex befanden, mußten sich auch auf dem Hof versammeln, wurden aber dann nach Hause geschickt, denn die Nationalsozialisten wollten nur die Funktionäre verhaften. Ihnen sollte der Prozeß wegen Hochverrat gemacht werden.

Mit gezielten Presseberichten konstruierte die »NTZ« »Verbrechen« der Sozialdemokraten und Gewerkschafter, um den Überfall auf das Gewerkschaftshaus nachträglich zu rechtfertigen:

Bei einem der Verhafteten wurde angeblich eine »Anweisung zu Boykottprovokationen« gefunden. Eine Gruppe von Sozialdemokraten sollte sich

am 1.4.1933 (Boykott jüdischer Geschäfte) unter die anwesenden Menschen mischen und sie zu Gewalttätigkeiten auffordern. Dies hätte laut »NTZ« folgendermaßen geschehen sollen:

»(…) 3. Die Menge ist mit dem Rufe ›Juda verrecke‹, ›Gebt uns Kleidung und Brot‹ und ähnliches aufzustacheln und zum Plündern der Geschäfte anzureizen.«[66]

Weitere Augenzeugenberichte von dem Überfall beschreiben die aggressive Haltung der Nationalsozialisten gegenüber Werten und Gegenständen, welche noch an die traditionelle Arbeiterbewegung erinnern konnten.

Irmgard B., die in einem kleinen Raum oberhalb des Sporthauses »Frisch Auf« einen Nähkurs des freiwilligen Arbeitsdienstes der Arbeiterwohlfahrt absolvierte, war gerade dabei, mit anderen Mädchen Kleidungsstücke für Arbeitslose zu flicken, als ein SS-Mann zum Fenster hereinkam und weitere die Tür eintraten. Die Mädchen und ihre Fürsorgerin Frau Will wurden auf den Hof getrieben und mußten sich in Reih und Glied aufstellen. Irmgard B. durfte dann aus dem Keller ihr Fahrrad holen, jedoch in Begleitung eines SS-Mannes, der mit gezogenen Revolver hinter ihr her ging. Die Fürsorgerin Frau Will, die noch länger im Innenhof festgehalten wurde, ehe auch sie ihr Fahrrad holen konnte, sah noch:

»… wie sie unsere schwarz-rot-goldene Fahne und unsere rote Fahne heruntergerissen und vor dem Gewerkschaftshaus verbrannten. Aus den Fenstern warf die SA Akten und die Büsten unserer Arbeiterführer. Seppl Schaffner, 1. Vorsitzender des Ortsvereins der SPD, flog vor Aufregung am ganzen Körper. Ich selbst war so aufgeregt, daß ich nur noch weinen

[66] **NTZ vom 2.4.1933.**

konnte. Mit solcher Brutalität und Gemeinheit hatte ich nicht gerechnet.«[67]

Andere Beschäftigte im Gewerkschaftshaus, wie Ida K., die im Büro des Textilarbeiterverbandes im ersten Stock des Volksheimes arbeitete, mußten sich nicht im Innenhof versammeln, sondern konnten nach der ersten oberflächlichen Durchsuchung das Gebäude verlassen. Nachdem die SS den ganzen Gebäudekomplex besetzte und anstelle der »Eisernen-Front-Fahne« die »Hakenkreuzfahne« gehißt hatte, wurden vor dem Gebäude in der Nikolaistraße auch die anderen Verbandsfahnen verbrannt. Jedoch nicht alle, einige konnten gerettet werden. Karl L. schildert die Rettung einer Verbandsfahne:

»Beim zweiten Angriff am 1.4., die Nazis wollten es ja nun wissen, war ich zufällig wieder in der Odeonstraße in der Herberge. Es hieß, die Nazis kommen, und wir sind dann gleich nach vorne (Nikolaistraße) rumgeflitzt. Von hinten über den Hof sind wir nicht mehr durchgekommen, aber vom Klagesmarkt sind wir noch reingekommen. Die hatten alle, u.a. auch Otto Barche, und da haben wir dann die SA ein bißchen irritiert und Otto ist noch schnell ins Büro raufgeflitzt und hat unsere Fahne geholt. Nach einem kurzen Moment kam die SA mit unserer alten Fahne an und sie hatten gedacht, daß sie unsere richtige Fahne erwischt hätten, aber unsere richtige Gewerkschaftsfahne war ja schon in Sicherheit und die alte Fahne haben sie dann mitverbrannt.«

Beschlagnahmt wurde die Kasse des ADGB mit 51.000 RM. Der Verlust von Ausrüstungsgegenständen des Arbeiter-Samariterbundes wurde im Wert von etwa 8.000 RM ausgewiesen, bis zum heutigen Tag gibt es

---

[67] nach G. Zorn: Widerstand in Hannover, Frankfurt a.M. 1977, S. 92 f., Auguste Will gibt das Datum für die Gewerkschaftshausbesetzung irrtümlich mit dem 5.2.1933 an.

Es ist vollbracht – Abmarsch zum Haus der »NAZ« und des Fabrikarbeiterverbandes

über die Sach- und Vermögensschäden keine vollständigen Aufzeichnungen.[68]

Auf der Straße vor dem Gewerkschaftshaus hatten sich während des Besetzungsvorganges mittlerweile 200 bis 300 Menschen versammelt. Einige Schutzpolizisten waren auch anwesend, jedoch griffen sie nicht ein, sondern übernahmen nur eine Art Ordnerfunktion. Nach einiger Zeit sammelte sich ein SS-Trupp vor dem Gewerkschaftshaus und zog zum Haus des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands am Rathenauplatz 3, es wurde nach Dienstschluß (nach 15.00 Uhr) gestürmt und besetzt. Das Gebäude wurde ebenfalls besetzt, weil angeblich im Gewerkschaftshaus in der Nikolaistraße »belastendes Material« gefunden wurde. Wie in der Nikolaistraße wurde auch auf diesem Gebäude die Hakenkreuzfahne aufgezogen. Als letzte Aktion der SS bzw. SA wurden an diesem Tag noch die Gebäude der »Neue-Arbeiter-Zeitung« in der Andertenschen Wiese besetzt.[69] Mit diesen Besetzungen hatten die Nationalsozialisten vorerst die Abrechnung mit den antifaschistischen Gegnern in Hannover vollkommen gemacht.

Die Gewerkschaftshäuser wurden versiegelt und in ihnen Abteilungen der SS-Hilfspolizei sowie einige Schutzpolizeibeamte stationiert.[70]

Käthe O. erinnert sich an die »Besetzertruppen«:

»Sie waren fast jeden Tag betrunken, denn sie soffen den ganzen Bier-, Wein- und Schnapsvorrat aus den Kellern des Gewerkschaftshausrestaurants. Auch kam es oft zu Schlägereien unter den SA und SS-Leuten sowie von Diebstählen des Gewerkschaftseigentums.«

---

[69] **Vgl. NTZ vom 5.4.1933 a.a.O.**
[70] **Vgl. Polizeibericht von der Gewerkschaftshausbesetzung, a.a.O.**

Volkswille und Gewerkschaftshaus besetzt

Aufsehenerregende Waffenfunde im Gewerkschaftshaus - Eine blutige Aktion der KPD gegen den Judenboykott - Auf der Spur von geheimen Gängen?

Besetzung des „Volkswille"

Aus: »Niedersächsische Tageszeitung« vom 2. April 1933.

Noch am selben Tag fand in Hannover eine Demonstration gegen die Gewerkschaftshausbesetzung statt. Ausgangspunkt dieser Demonstration war eine Veranstaltung der SAJ in der Gaststätte »Königsworth«. Heinrich W., der an diesem Demonstrationszug mit teilgenommen hatte, schildert, daß der Demonstrationszug in der Münzstraße von ca. 30 bis 40 berittenen Polizisten von hinten überfallen wurde. Die Teilnehmer sind dann in die Seitenstraßen geflüchtet, und haben beim Fliehen ihre roten Halsbänder abgemacht, um nicht als Arbeiterjugendliche erkannt zu werden.

Dieser 1. April 1933 in Hannover, an dem die traditionellen Verbände der Arbeiterschaft faktisch aufhörten zu existieren, kann als »Generalprobe« angesehen werden für die endgültige reichsweite Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933.

Während das Gewerkschaftshaus geschlossen blieb, konnte das Fabrikarbeiterverbandsgebäude Mitte April unter Aufsicht eines NSBO-Kommissars seine Arbeit eingeschränkt wieder aufnehmen, ehe es dann ebenfalls am 2. Mai 1933 endgültig für freigewerkschaftliche Verbände geschlossen wurde. Beide Gebäude wurden ab Mitte Mai zu Verwaltungsgebäuden der DAF erklärt.

Im Gegensatz zu der seit dem Reichstagsbrand ausgeschalteten KPD und der Auflösung der Gewerkschaften bestand die SPD formal noch bis zu ihrem Verbot am 22. Juni 1933. Jedoch konnte die SPD kaum noch etwas bewirken, da ihre Mitglieder und Funktionäre der Kriminalisierung und Verfolgung ausgesetzt wurden, häufig auch schon in Konzentrationslager verbracht wurden. Hinzu kam, daß das Vermögen der SPD im Mai mit der Begründung beschlagnahmt wurde, die Übernahme der Gewerkschaften habe »zahlreiche Untreuefälle« zutage gefördert.

Die Frage, ob die organisierte Arbeiterschaft Hannovers den Tag ihrer schwersten Niederlage hätte verhindern können, läßt sich durch diese knappe lokalgeschichtliche Rekonstruktion nicht vollständig klären. Dazu bedarf es umfangreicherer Untersuchungen als dieser. Daß wichtige Chancen und Möglichkeiten sowohl in Hannover als auch im gesamten Reichsgebiet von der demokratischen Arbeiterbewegung nicht hinreichend genutzt wurden, ist heute in der Historiographie kaum noch umstritten. So konnte diese Arbeit auch nur einige historische Dunkelstellen aufzuhellen sich bemühen, die es ermöglichen, geschichtliche Lehren daraus abzuleiten und damit eine Wiederholung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft zu verhindern. Denn die Geschichte hält oft bittere Erkenntnisse für uns bereit, aber sie hindert uns auch nicht, aus ihr zu lernen.

Sonderdruck aus

WELT DER ARBEIT

Seite 10 — Dokumentation — Nr. 13 - 31. März 1983 — WdA

Organisierter Terror: Nazis stürmen Gewerkschaftshaus

In Hannover kommen SA und SS schon im April

Von Klaus Mertsching und Friedrich Thellmann

Durch SA und Hitlerjugend demolierte Fensterscheiben waren längst alltäglich, als es am 16. Juni 1932 zum ersten organisierten Überfall auf das Gewerkschaftshaus in Hannover kam. Der SA-Sturm 100 wollte beweisen, daß die Zeit der freien Gewerkschaftsbewegung zu Ende sei. Dieser Versuch, das hannoversche Gewerkschaftshaus zu besetzen, schlug jedoch jämmerlich fehl.

In der „NAZ" (die kommunistische NEUE-ARBEITER-ZEITUNG) wird die Planmäßigkeit des Überfalls dargestellt: (...) Gegen 11.00 Uhr schaftshaus planmäßig umstellt wurde."

Schon bald nach den ersten Überfällen wurden die Eingänge

Ammarsch der SA auf das Gewerkschaftshaus

abends wurde ein organisierter Angriff auf das Gewerkschaftshaus durchgeführt. 150 bis 200 SA-Leute versuchten in das Gewerkschaftshaus einzudringen. (...) Die wenigen im Hause anwesenden Arbeiter setzten sich zur Wehr und jagten die Banditen zurück. Die SA-Leute waren bewaffnet und gaben verschiedene Schüsse auf die Arbeiter ab. (...) Es steht fest, daß das Gewerk-

zum Gewerkschaftshaus bewacht, eine strenge Ausweispflicht eingeführt und von den Gewerkschaftsangestellten und -angestellten eine sogenannte „Hausmeisterschaft" zum Schutz des Hauses gebildet."

Die ab Juli 1932 auf dem Gewerkschaftshaus wehende Fahne der „Eisernen Front" sollte darüber hinaus die Entschlossenheit von Gewerkschaften, Arbeitersportvereinen, Reichsbanner und Sozialdemokratischer Partei deutlich machen, dieses Haus und seine politische Position nicht kampflos aufzugeben, in der Folgezeit wurden die Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft weiter verstärkt.

Die Nazis dagegen versuchten mit Hilfe der Polizei das Gewerkschaftshaus in der Öffentlichkeit als „Rote Mordzentrale" zu diffamieren, so auch am 19. Juli 1932, als angeblich aus dem Gewerkschaftshaus auf einen vorbeifahrenden SA-Mann geschossen

wurde. Die Behauptung war falsch, die Suche ergebnislos, die Vorladungen aber blieb.

Nach der Machtübernahme Hitlers verstärkte sich auch in Hannover der Terror gegenüber der organisierten Arbeiterschaft. Schon bald gab es nicht nur Verletzte, sondern auch von den Nazis erschossene Reichsbannerleute. Am 4. April nach dem Reichstagsbrand wurde auch das Gewerkschaftshaus ein weiteres Mal durchsucht. Wie immer ging es

Nazi-Morde

um Belastungsmaterial gegen Gewerkschafter und Sozialdemokraten. Sieben Gewerkschaftsfunktionäre wurden nach dieser Durchsuchung wegen angeblichen Waffenbesitzes vorübergehend in Haft genommen.

Schon eine Woche später gab es eine weitere Polizeiaktion. In Zusammenarbeit mit der SA gegen die organisierte Arbeiterschaft. Diesmal wurde eine angebliche Funktionärsversammlung der „Eisernen Front" mit 2 000 Teilnehmern im großen Saal des „Volksheimes" aufgelöst.

Nach den Wahlsiegen der Nationalsozialisten im März 1933 mehren die Angriffe auf das Gewerkschaftshaus zu. Karl Lühr war Mitte März mit seinem „Jungbanner" zum Schutz des Hauses eingeteilt, er berichtet von einem weiteren Überfall: „Gegen 0.30 Uhr kamen sie dann angefahren und da haben wir dann — da wir nicht bewaffnet waren — uns die Sportkeulen genommen und haben sie zurückgeschlagen, wie sie rein wollten."

Wilhelm Hoegner schreibt in seinem Buch „Flucht vor Hitler" über einen Besuch am 24. März 1933 in Hannover: „Wir fanden das Gewerkschaftshaus mit Stachel-

ten (...) in Uniform bewacht." Wie konnte dennoch das Gewerkschaftshaus von den Nazis besetzt werden?

Einen der ausschlaggebenden Gründe schildert Karl Nasemann: „Durch die Beseitigung des Gewerkschaftshauses durch die Reichsbannerleute kam nur jemand in das Haus (...), der sein Verbandsbuch vorzeigte oder Mitglied der SPD war, oder Mitglied einer anderen Organisation, die da zu Hause waren. (...) Da ist dann folgendes passiert. Der damalige ADGB-Vorsitzende von Hannover hieß Bock. Der Bock kommt eines Tages und will in das Gewerkschaftshaus und da haben die gesagt — die kannten ja auch nicht jeden — „Zeig mal dein Verbandsbuch." Antwort: „Ich bin Bock vom ADGB." Das wurde aber so nicht akzeptiert. Dann ist der Bock abgezogen, hat sein Buch geholt und hat anschließend den Reichsbannerleuten zu sich gerufen und gesagt: „Ihr kriegt den Auftrag, die Wachen abzulösen. Es gibt in Zukunft keinerlei Wachen mehr, ich will das nicht mehr haben, daß das Gewerkschaftshaus bewacht wird, daß man mit solchen Schwierigkeiten rechnen muß." (...)

Dann hat Reichsbannerführer Jahn das Reichsbanner antreten lassen, und die haben gesagt, wir machen das nicht mit, wir bewachen das Gewerkschaftshaus nach wie vor weiter. Das hat zu Verhandlungen geführt, und man hat einen Kompromiß geschlossen, in das Restaurant (...) konnte man jetzt ohne Ausweis reingehen. Alle anderen Eingänge waren praktisch besetzt. Und das war das (...) was sich dann die Nazis zu Nutze gemacht haben."

Überfall

Arglosigkeit und unangebrachte Empfindlichkeit eines Funktionärs begünstigte also den kriegsmäßigen Überfall von SA und SS. Kaum die Gefahr, daß sich in der am Vorabend rege Aktivitäten der Nazis vor dem Gewerkschaftshaus beobachten: „Am 31. März abends gegen 10.00 Uhr hatten die Nazis große Kisten bei dem gegenüberliegenden Labor Timm (...) von einem großen Lkw mit Anhänger abgeladen. Am anderen Morgen sagte mein Onkel zu mir: Guck mal, die Braunen holen sich da die Waffen raus." Später hieß es dann, bei uns hätten sie Waffen gefunden, das war gar nicht wahr, denn sie waren von gegenüber gekommen."

Karl Nasemann bestätigt die Planmäßigkeit des Überfalls: „... Ich ging nach Feierabend in das

Die Nazis hissen die Hakenkreuzfahne auf dem Gewerkschaftshaus

Hotel Kriegerheim, in dem sich eine Stehlerkneipe befand. (...) Hier berichtete ein SA-Mann in großer Renommierwut über das „Bonzenklöster" — gemeint war das Gewerkschaftshaus. Danach war sein SA-Sturm in der Herrenhäuser Allee angetreten, und es war der Befehl ausgegeben, das Gewerkschaftshaus und alle dazugehörigen Räume zu besetzen. Zur Ausführung dieses Plans hatte ein Trupp schwerbewaffneter SS-Leute vorher die Hauseingänge in der Odeonstraße besetzt, als der SA-Sturm am Verhandlungen geführt, und man hat einen Kompromiß geschlossen, in das Restaurant (...) konnte man jetzt ohne Ausweis reingehen. Alle anderen Eingänge waren praktisch besetzt. Und das war das (...) was sich dann die Nazis zu Nutze gemacht haben."

Akten und die Büsten der Arbeiterführer wurden aus den Fenstern geworfen, die Verbandsfahnen herumgetrampelt und verbrannt. Einige Symbole der Arbeiterbewegung konnten jedoch gerettet werden.

Karl Nasemann erinnert sich: „... von hohem Dom das muss wo sich ... chen irrtiert, und Otto Barche ist noch schnell ins Büro gelitzt und hat unsere Fahne geholt. Nach einem kurzen Moment kam die SA mit unserer alten Fahne an. (...) unsere richtige Fahne war aber schon in Sicherheit. Und die alte Fahne haben sie dann verbrannt."

Mit der öffentlichen Verbrennung aller Fahnen und der Zerstörung aller Symbole der organisierten Arbeiterschaft, deren man habhaft werden konnte, glaubten die Nazis einen triumphalen Sieg errungen zu haben. Sie gingen hier wie auch dem Gebäude des Verbandes der Fabrikarbeiter in der Ratherallee, die Hakenkreuzfahne auf die Gewerkschaftshäuser wurde

Verhaftet

versiegelt, in ihren Abteilungen der SS als Hilfspolizei und emp... Schutzpolizeibeamte stationie... und vor die Türen SA- und SS-W... chen gestellt. Der Polizeipräsident von Hannover ließ vor dem Ha... eine Tafel aufstellen, worauf ... zwecklose Hin- und Hergehen vor dem Gewerkschaftshaus ... wie das Stehenbleiben auf ... Straße verboten und mit Strafe ... droht ist".

Als am 2. Mai 1933 im damaligen Deutschen Reich SA und SS ... noch arbeitenden Gewe... schaftshäuser besetzten und ... Gewerkschafter verhafteten, ... in Hannover schon ganze Arb... geleistet worden.

Sonderdruck aus »Welt der Arbeit« vom 31. März 1983 anlässlich des 50. Jahrestages der Gewerkschaftshausbesetzung.

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Quellen

Nieders. Hauptstaatsarchiv Hannover

Akten: Oberpräsident (Hann. 122 a)

Regierungspräsident Hannover (Hann. 80 Hann. II)

SPD-Bezirk Hannover 1919-33 (Hann. 310 II)

NSDAP Gauarchiv (Hann. 310 I)

Archiv Projekt Arbeiterbewegung in Hannover (Tel. 0511/7625603)

J. Striefler; Kurze Übersicht über den Stand der Gewerkschaften und der Partei von 1909 bis 1945. 3 Seiten, Hannover 1945

Gewerkschaftshaus und Volksheim GmbH. Hannover; Geschäftsbericht 1932. 7 Seiten

R. Breitscheid; Schafft Arbeit! Stuttgart 1932

P. Lampe; Die Politik des sozialdemokratisch orientierten Teils der Arbeiterbewegung in Hannover in der Zeit des aufkommenden Nationalsozialismus (1930-1933) (Staatsexamensarbeit 1975)

H. P. Riesche, Das »Projekt Arbeiterbewegung in Hannover« des Seminars für Wissenschaft von der Politik. – Einige Ergebnisse. (=Arbeitspapier Nr. 4). Hannover (Eigendruck) 1985.

P. Schulz, Nicht die Zeit, auszuruhen. Dokumente und Bilder zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung 1814-1949. Hrsg. Von der Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Hannover. Hannover 1990.

P. Schulze; Lesebuch zur Politik der hannoverschen Sozialdemokratie 1920-1933, Hannover 1978.

H.Weber/K.Schönhoven/K.Tenfelde (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Band 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933. Bearbeitet von P.Jahn und Mitarbeit von D. Brunner. Köln 1988.

Volkswille; Jubiläumsausgabe vom 1.10.1930

Jahrbuch des ADGB von 1930

Gewerkschaftszeitung; 41. Jg. 1931

B. Zeitungen

Volkswille
Neue Arbeiter-Zeitung
Niedersächsische Tageszeitung
Hannoverscher Anzeiger
Arbeitertum
Hannoversche Allgemeine Zeitung

C. Literatur

W. Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften. Ihre Geschichte und politische Funktion. (1954). In: ders., Gesammelte Schriften. Hrsg. Von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler. Band 2. Hannover 2008.

W. Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das

Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse. Frankfurt a.M. 1964.

J. Bons u.a., ›Bohnensuppe und Klassenkampf‹. Das Volksheim. Gewerkschaftshaus der Göttinger Arbeiterbewegung von der Entstehung im Jahre 1921 bis zu seiner Zerstörung 1944. Göttingen 1986.

R. Butenschön/E. Spoo (Hrsg), Wozu muß einer der Bluthund sein? Der Mehrheitssozialdemokrat Gustav Noske und der deutsche Militarismus des 20. Jahrhunderts. Heilbronn 1997.

F. Feldmann, Geschichte des Ortsvereins Hannover der SPD 1864-1933 Hannover 1952

L. Heyde (Hrsg.), Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1931/32.

W. Hoegner, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933. [1937] München 1977

Historisches Museum Hannover (Hrsg.), Ausstellungskatalog. Hannover 1933 – eine Stadt wird nationalsozialistisch, Hannover 1981

A. Müller, Die Sozialdemokratie Groß-Hannovers am Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Reichskonferenz im September 1916, Hannover 1977

D. Prinz/M. Rexin (Hrsg.), Gewerkschaftsjugend im Weimarer Staat. Köln 1983

B. Rabe; Der sozialdemokratische Charakter. Frankfurt a.M./New York 1978.

B. Rabe, Die ›Sozialistische Front‹. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933-1936. Vorwort von Peter von Oertzen. Hannover 1984.

H. Renners, Maifeiern im Nationalsozialismus. Verein Bildung und Wissen e.V. Hannover 1993.

M. Scharrer (Hrsg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933. Reinbek bei Hamburg 1984.

R. Wabner, Lernen aus verpaßten Chancen. Zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung 1815-1933. Köln 1982.

H.A. Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Bonn 1990.

G. Zorn, Widerstand in Hannover. Frankfurt a.M. 1977